

# GESELLSCHAFTS FORSCHUNG

# 1 2024

Aktuelle Themen und Nachrichten

## 2 Standpunkt

Klimapolitik ist kein  
Entweder-oder: Der Beitrag  
der Sozialwissenschaften in  
der Klimakrise

Jens Beckert

## 4 Presseschau

Forschung des MPIfG  
in den Medien

## 6 Schwerpunkt

**Ist die Europäische Union  
demokratisch genug?**

Martin Höpner

## 11 Interview

Felipe González López

## 14 Nachrichten

Ehrendoktorwürden für  
Renate Mayntz und Fritz  
Scharpf

## 19 Neuerscheinungen

Bücher, Discussion  
Papers und Journal  
Articles

## 22, 32 Veranstaltungen

Konferenzberichte und  
Vorschau Wintersemester  
2024/25

## 26 Freunde und Ehemalige

Institutstag 2023

Nachrufe:

Friedhelm Neidhardt

Franz-Xaver Kaufmann

## 30 Ausschreibungen

## 31 Impressum



Schwerpunkt

# Ist die Europäische Union demokratisch genug?

# Standpunkt Klimapolitik ist kein Entweder-oder

## Der Beitrag der Sozialwissenschaften in der Klimakrise



### Jens Beckert

ist seit 2005 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und Professor für Soziologie in Köln. Zuvor hat er u. a. in Göttingen, New York, Princeton, Paris und an der Harvard University gelehrt. 2005 wurde er mit dem Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 2018 mit dem Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgezeichnet.

*Forschungsinteressen:* soziale Einbettung der Wirtschaft, Organisationssoziologie, Vermögensungleichheit und Erbschaft, soziologische Theorie

Seit einem halben Jahrhundert wissen wir um die Gefährlichkeit des Klimawandels. Doch in dieser Zeit ist der jährliche weltweite Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen nicht etwa zurückgegangen. Ganz im Gegenteil: Er hat sich mehr als verdoppelt. Trotz vielfältiger Anstrengungen für einen klimagerechten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, die es etwa in den europäischen Ländern gibt, werden auch in den nächsten Jahrzehnten fossile Brennstoffe in viel zu großen Mengen verbrannt werden. Was daraus folgt, ist klar: Die Welt muss sich auf eine weitere Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur einstellen. Laut aktueller Prognosen ist ein Temperaturanstieg von 2,5 bis 3 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts das wahrscheinlichste Szenario. Gesellschaften werden also zukünftig immer stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen sein.

Wenn die natürlichen Lebensgrundlagen zunehmend instabil werden, wird der Klimawandel eine immer größere politische und gesellschaftliche Herausforderung – und zwar global und langfristig.

Was bedeutet dies für eine realistische Klimapolitik?

Gesellschaften müssen sich mit der Begrenzung des Treibhausgasausstoßes durch den fundamentalen technischen Umbau von Energiesystemen auseinandersetzen und gleichzeitig mit der Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen. Hierfür sind erhebliche Investitionen erforderlich. Schätzungen besagen, dass ungefähr sieben Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts für die Transformation zu Klimaneutralität und Anpassungsmaßnahmen aufgebracht werden müssten. Sei es dass ganze

---

Es kommt darauf an, die politischen Bedingungen zu schaffen, um so viel wie möglich zu erreichen – selbst wenn klar ist, dass das nicht genug sein wird.

---

## Die Instrumente der Sozialwissenschaften für kluges und moralisch angemessenes Handeln in der Klimakrise zu schärfen, ist eine vordringliche Forschungsaufgabe.

Landstriche nach verheerenden Überflutungen wieder aufgebaut, sei es dass Deiche verstärkt werden, sei es dass ganze Energiesysteme umgebaut werden müssen. Es ist unrealistisch anzunehmen, dass tatsächlich hinreichend Geld mobilisiert werden kann, um all diese Aufgaben zu meistern.

Doch Klimapolitik ist kein Entweder-oder. Jede Tonne nicht verfeuerten Erdöls zählt. Und jede Abminderung der Folgen des Klimawandels für die betroffenen Menschen ist bedeutsam. Es kommt darauf an, die politischen Bedingungen zu schaffen, um so viel wie möglich zu erreichen – selbst wenn klar ist, dass es nicht genug sein wird, um die Erwärmung auf das in der Klimawissenschaft für tolerabel gehaltene Maß zu beschränken.

Hier kommen die Sozialwissenschaften ins Spiel. Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler untersuchen die Funktionsweise von politischen und sozialen Prozessen. Sie können sehr klar die Mechanismen darlegen, die eine angemessene Reaktion auf den Klimawandel blockieren. Sowohl die Unternehmen und der Staat als auch Bürgerinnen und Bürger oder Konsumenten handeln im Kontext von Macht- und Anreizstrukturen, hinter denen die Natur regelmäßig zurücksteht. Das Wissen um soziale Mechanismen bietet aber auch

die Chance, möglicherweise dennoch Ansatzpunkte für Veränderungen herauszuarbeiten. Die Sozialwissenschaften können darlegen, wie Klimaschutzpolitik stärkere Unterstützung finden kann und wie sich Gesellschaften an die Klimafolgen so anpassen können, dass der soziale Zusammenhalt weniger gefährdet ist. Die drängendsten Fragen sind: Wie lässt sich privates und öffentliches Geld für Klimaanpassung und Klimaschutz mobilisieren? Wie können unterstützende politische Koalitionen geschmiedet werden, die der Klimapolitik zu Mehrheiten verhelfen? Wie lässt sich soziale Resilienz angesichts zunehmender Betroffenheit durch die Folgen des Klimawandels stärken?

Darauf gibt es schon jetzt einige Antworten. Es bedarf eines sehr viel aktiveren und zugleich eines finanzstarken Staates, der Klimapolitik koordiniert, stabile Anreize für den wirtschaftlichen Umbau schafft und für sozialen Ausgleich sorgt. Es bedarf einer starken Zivilgesellschaft, die dabei mithilft, die Einsicht in die Notwendigkeit der Klimatransformation in der Bevölkerung zu fördern, und damit zur Legitimation von Klimapolitik beiträgt und diese mitgestaltet. Es bedarf auch positiv besetzter Zukunftsbilder, die aufzeigen, wie ein Leben ohne Verbrennung fossiler Energieträger und unter Einhaltung der planetaren Grenzen aussehen könnte und welche lebensprak-

### Zum Weiterlesen

Jens Beckert

**Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht.** Berlin: Suhrkamp 2024.

<https://tinyurl.com/VerkaufteZukunft>

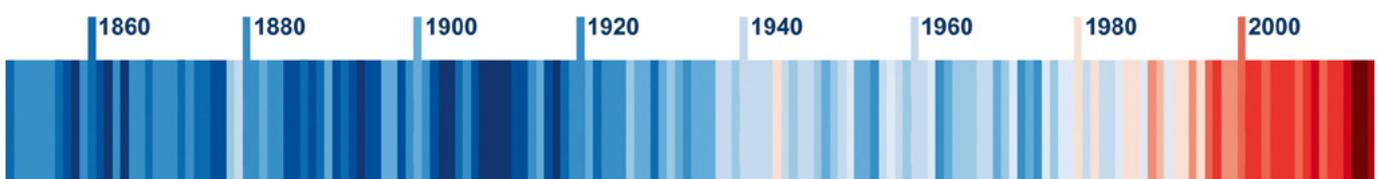


tischen Gewinne damit verbunden sind. Und es bedarf der Stärkung globaler Solidarität, nicht nur aus moralischen Gründen der historischen Verantwortung für den Klimawandel, sondern auch aus wohlverstandem Eigeninteresse. Die Instrumente der Sozialwissenschaften für kluges und moralisch angemessenes Handeln in der Klimakrise zu schärfen, ist eine vordringliche Forschungsaufgabe. Das MPIfG wird sich dieser Aufgabe zukünftig verstärkt widmen.

### Podcast „Lage der Nation“

Interview mit Jens Beckert zum Thema „Wie geht wirksame Klimapolitik?“

<https://tinyurl.com/LdN392-jb1>



# Forschung des MPIfG in den Medien

Martin Höpner

## Erleben wir in Deutschland gerade eine Deindustrialisierung?

ntv.de | 02. Juni 2024

Im Interview äußert sich Martin Höpner kritisch zur aktuellen Wirtschaftspolitik in Deutschland und zur Zukunft der Industrie. Deindustrialisierung, vor allem in energieintensiven Branchen, sei unvermeidlich. Das deutsche Wachstumsmodell, das auf Exportüberschüssen und einem niedrigen Eurokurs basiert, stoße an Grenzen, da die Phase der Hyperglobalisierung vorbei sei. Höpner plädiert für eine Wirtschaftspolitik, die sowohl die Interessen des Exportsektors als auch der Binensektoren berücksichtigt, um das Wirtschaftswachstum nachhaltig zu sichern.

<https://tinyurl.com/MH-ntv-2024>

Fritz W. Scharpf

## Deutschland und Europa, ein inniges Verhältnis

Süddeutsche Zeitung | 17. Mai 2024

Die Europäische Union bleibt für die Deutschen eine Art Glaubensbekenntnis. Überwiegend wird in „mehr Europa“ die Lösung für die europäischen Probleme gesehen. In der *Süddeutschen Zeitung* fragt Thomas Kirchner, was der „deutsche Drang zur föderalen Finalität“ für die EU bedeutet. Dabei zitiert er auch Fritz W. Scharpf, der das deutsche Projekt einer europäischen Wirtschaftsverfassung kritisiert: Es passe zwar zum deutschen Exportmodell, spalte aber die Union und führe zu politischen Grundsatzerkennungen, die pragmatische Krisenlösungen blockieren.

<https://tinyurl.com/FWS-Sueddt-17Mai24>

Leon Wansleben

## Wie gerecht ist unser Finanzsystem?

Bayerischer Rundfunk, Podcast

„IQ – Wissenschaft und Forschung

14. Mai 2024

Im Podcast „IQ – Wissenschaft und Forschung“ diskutierten Experten über das Finanzsystem: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Geldsystem und zunehmender sozialer Ungleichheit? Was trägt das Finanzsystem dazu bei? Leon Wansleben erläutert, wie die Geldschöpfung funktioniert und wie sich das „Zweiebenen“-System aus kredit-schöpfenden Privatbanken und absichernden Zentralbanken Ende des 20. bis in das frühe 21. Jahrhundert verändert hat.

<https://tinyurl.com/BR-IQ-Wansleben>

Emma Ischinsky und Daria Tisch

## Wo das alte Geld seit hundert Jahren wohnt

ZEIT Online | 22. Februar 2024

Emma Ischinsky und Daria Tisch haben festgestellt, dass viele der heute reichsten deutschen Familien bereits vor hundert Jahren zu den vermögendsten zählten: Von den 1.001 reichsten Familien waren acht Prozent bereits 1913 sehr vermögend. Diese langfristige Vermögenskonzentration innerhalb weniger Familien deutet auf eine unterschätzte Vermögensungleichheit in Deutschland hin und stellt nach Ansicht der Wissenschaftlerinnen ein beträchtliches Hindernis für die soziale Mobilität dar.

<https://tinyurl.com/altes-geld-zeit-2024-02>

Martin Höpner und Lucio Baccaro

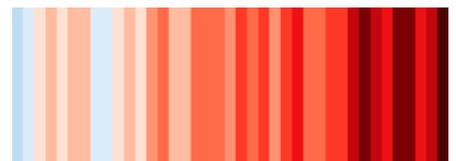
## Exportieren statt Investieren

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 16. Februar 2024

Deutschland gibt zu wenig für seine Infrastruktur aus. Das liegt unter anderem daran, dass das deutsche Wirtschaftswachstum über Jahrzehnte vor allem von der Auslandsnachfrage angetrieben wurde. Dies deutet laut Martin Höpner und Lucio Baccaro auf eine „ungewöhnliche Kalibrierung der wirtschaftspolitischen Parameter“ hin. Im Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* wird ihr jüngstes Discussion Paper besprochen.

<https://tinyurl.com/FASZ-2024-02-16>

# Verkaufte Zukunft



Jens Beckert

## Nachdenklicher Realismus

Neue Zürcher Zeitung am Sonntag

30. Juni 2024

Gina Bucher bespricht *Verkaufte Zukunft* von Jens Beckert. Warum ignorieren so viele Menschen das Offensichtliche? Diese Frage beantwortete Beckert, indem er nüchtern die tieferen sozioökonomischen Mechanismen kapitalistischer Gesellschaften analysierte. Ein Systemwechsel sei utopisch, stattdessen plädiere der Autor für konkrete, solidarische Anpassungsmaßnahmen. *Verkaufte Zukunft* sei ein Buch für alle, die an die Veränderung des Systems durch demokratische Mittel und solidarische Werte glauben.

Jens Beckert

### **Das Scheitern am Klimaschutz**

Frankfurter Allgemeine Zeitung

11. Juli 2024

Jens Beckert zeigt sich besorgt über den weiterhin hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Oft werde der Klimawandel nur als Naturkrise wahrgenommen, das Scheitern der Klimapolitik habe aber tiefere Auswirkungen: Die Krise erhöhe die soziale Komplexität, die Sozialsysteme seien damit überfordert. Die notwendige Transformation bedeute Verluste für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Dies untergrabe das Vertrauen in politische Institutionen und könne die Demokratie gefährden. Beckert fordert einen neuen Ansatz, der die Komplexität des Problems anerkennt, auf sozialen Ausgleich und Bürgerbeteiligung setzt. <https://tinyurl.com/scheitern-FAZ-2024-07-11>

Jens Beckert

### **„Wir verkaufen die Zukunft für unser gegenwärtiges Leben“**

ZEIT Podcast „Auch das noch?“

15. Mai 2024

Im Krisenpodcast „Auch das noch?“ spricht Jens Beckert mit Petra Pinzler und Stefan Schmitt über sein Buch *Verkaufte Zukunft*. Die Macht- und Anreizstrukturen des Kapitalismus verhindern eine schnelle Reaktion. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung etwa greife zu kurz, auch Technologien wie CO<sub>2</sub>-Filteranlagen seien keine Lösung. Die Zukunft werde für kurzfristige Gewinne verkauft und die Klimaerwärmung sei kaum noch aufzuhalten. Als gewissen Hoffnungsschimmer nennt Beckert die Möglichkeit unvorhersehbarer positiver Entwicklungen.

<https://tinyurl.com/JP-Auch-das-noch-2024>

Jens Beckert

### **Zwei Grad, drei Grad – weiter geht's**

Wirtschaftswoche | 21. April 2024

Jens Beckert beschreibt die Probleme im Kampf gegen den Klimawandel, die er in seinem Buch *Verkaufte Zukunft* analysiert hat. Zwar gebe es ein Bewusstsein für Klimaschutz, das politische Interesse und die Dringlichkeit des Themas ließen aber nach. Kurzfristige wirtschaftliche Interessen und eine tief verwurzelte Konsumkultur untergraben strengere Umweltgesetze. Wirksamer Klimaschutz erfordere aber umfassende rechtliche, soziale und wirtschaftliche Veränderungen.

<https://tinyurl.com/JP-Weiter-gehts-2024>

Jens Beckert

### **Flucht vor dem Klima**

3sat – Gert Scobel | 29. Februar 2024

Der Klimawandel wird weltweit gravierende Veränderungen hervorrufen, die zu Hunger und Obdachlosigkeit führen können. Dadurch müssen immer mehr Menschen ihre Heimat verlassen. Bis 2050 könnten 140 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden. Eine schnelle Anpassung und nachhaltige Lösungen sind notwendig, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. Darüber diskutierte Gert Scobel mit den Studio-gästen Jens Beckert, Alena Buyx und Anders Levermann in seiner Sendung.

<https://tinyurl.com/scobel-flucht-v-d-klima>

Jens Beckert

### **Woran die Klimapolitik scheitert**

detektor.fm | 18. April 2024

„Haben wir den Kampf gegen die Klimakrise schon verloren?“ Jens Beckert erläutert im Podcast „Das Forschungsquartett“, warum der Klimawandel auch eine sozialwissenschaftliche Frage ist. Dass nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um angemessen auf das Problem zu reagieren, hänge von den Strukturen ab, in denen unsere Gesellschaft organisiert ist. Die Machtverhältnisse und Anreizstrukturen des gegenwärtigen Kapitalismus verhindern eine effektive Klimapolitik, so Beckert.

<https://tinyurl.com/JP-detektor-fm-240418>

Jens Beckert

### **„Wir müssen uns auf eine 2,5 oder sogar drei Grad wärmere Erde einstellen“**

Süddeutsche Zeitung | 10. März 2024

Jens Beckert erläutert, warum die Klimaschutzpolitik nicht in Gang kommt. Der Klimawandel sei ein „tückisches“ Problem ohne klare Definition und einfache Lösung. Die Unzulänglichkeiten im Umgang mit dem Klimawandel seien tief in den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen verwurzelt, die sich in den letzten 500 Jahren entwickelt hätten. Beckert beschreibt, wie die Strukturen des Kapitalismus einen wirksamen Klimaschutz verhindern, und skizziert Ansätze für eine zukunftsfähige Klimapolitik.

<https://tinyurl.com/Waermere-Erde-SZ2024>

Jens Beckert

### **Gesellschaft im Klimawandel**

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 10. März 2024

Gerald Wagner sichtet die soziologische

Forschung zum Klimawandel, darunter Jens Beckerts aktuelles Buch *Verkaufte Zukunft*. Beckert argumentiert, dass Gesellschaften von Verteilungskonflikten um Verluste und nicht um Gewinne geprägt sein werden. Dies stelle die Soziologie vor die fundamentale Frage, wie eine gerechte Gesellschaftsordnung trotz katastrophaler Umweltbedingungen möglich sei. Klimapolitik müsse die sozialen Folgen des Klimawandels berücksichtigen, sonst werde sie scheitern.

---

**Diese und weitere  
aktuelle Beiträge unter**  
[www.mpifg.de/mpifg-in-medien](http://www.mpifg.de/mpifg-in-medien)

---



# Schwerpunkt Ist die Europäische Union demokratisch genug?

**Ein bedeutendes Thema der Europawahl 2024 war die Demokratisierung der Europäischen Union. Abgesehen von Parteien an den extremen politischen Rändern enthielten die Wahlprogramme fast aller Parteien Passagen über die Demokratisierung der EU. Zum einen wurde die europäische Integration als demokratisches Projekt beschrieben, zum anderen betonten die Parteien aber auch die Notwendigkeit, die – offenbar defizitäre – demokratische Legitimität der EU weiterzuentwickeln. Doch gibt es überhaupt ein europäisches Demokratiedefizit? Und welche Reformen der EU wären im Sinne des Rufs nach mehr Demokratie realistisch und sinnvoll?**

Martin Höpner

## **Ist die Europäische Union eine parlamentarische Demokratie?**

Wäre die Europäische Union eine parlamentarische Demokratie, müsste sie eine Reihe von Anforderungen erfüllen. Dem deutschen Grundgesetz zufolge müssen Parlamentswahlen allgemein und unmittelbar, frei, gleich und geheim sein, so steht es in Artikel 38 GG. Die Wahlen zum Europäischen Parlament erfüllen die meisten dieser Kriterien, aber sie sind nicht gleich. Die Stimme einer maltesischen Wählerin zählt ungefähr zehnmal so viel wie die einer deutschen Wählerin. Der Fachausdruck dafür lautet *degressive Proportionalität*.

Ist das Europäische Parlament einmal gewählt, hat es nicht mehr das Recht, Ge-

setzesinitiativen auf den Weg zu bringen. Diese Befugnis liegt allein bei der Kommission. Somit können die europäischen Parteien auch nur wenig belastbare Wahlversprechen machen, da sie nach der Wahl keine eigenen Gesetzentwürfe vorlegen können, die ihre Versprechen aufgreifen können. Darüber hinaus fehlt dem Europäischen Parlament das Budgetrecht, das normalerweise als Königsrecht der Parlamente angesehen wird. Vor allem aber geht – anders als in parlamentarischen Demokratien – aus der Parlamentsmehrheit keine Regierung hervor. Die Parteizugehörigkeiten der Kommissarinnen und Kommissare ergeben sich aus den politischen Mehrheiten in den Mitgliedstaaten, nicht aus den Europawahlen.

Kurzum: Das politische System der Union schneidet hier nicht gut ab. Der Vergleich von Anspruch und Wirklichkeit zeigt auch, an welchen Stellschrauben gedreht werden müsste, um die EU zu einer echten Demokratie zu machen: Stimmengleichheit bei den EP-Wahlen statt degressiver Proportionalität, Initiativrecht, Budgetrecht, Wahl des Kommissionspräsidenten oder der gesamten Kommission allein durch das Parlament. Nicht alle Forderungen in den Europawahlprogrammen der Parteien gehen so weit, aber sie bewegen sich in diese Richtung. Mehrere Parteien wollen auch, dass der Rat bei der Verabschiedung europäischer Gesetze vollständig zu Mehrheitsentscheidungen übergeht. Dies ist bereits in vielen Bereichen der Fall, bei sensiblen Sachverhalten

ist aber weiterhin Einstimmigkeit erforderlich.

**Ist der Vergleichsmaßstab fair?**

Bei genauerer Hinsicht erweist sich der Abgleich des politischen Systems der Europäischen Union mit den Standards parlamentarischer Demokratien als problematisch. Man nennt das die *staatsanaloge Betrachtungsweise* oder treffender: den *staatsanalogen Fehlschluss*. Denn die EU ist kein Staat, sondern die obere Ebene eines Mehrebenensystems, das von Staaten konstituiert wird, die ihrerseits Demokratien sind. Die Prüfkriterien für die Demokratiequalität der EU – und für ein etwaiges Demokratiedefizit – müssen andere sein als jene, die man an einen parlamentarischen Staat anlegen würde. Die Forschung zum politischen System der Europäischen Union stellt daher dem staatsanalogen Blickwinkel eine alternative Betrachtungsweise gegenüber.

Das politische System der EU als parlamentarische Demokratie? Ein staatsanaloger Fehlschluss.

Ein Modell von Fritz W. Scharpf, emeritierter Direktor am MPIfG, veranschaulicht die Herrschafts- und Legitimationsbeziehungen in unterschiedlichen Mehrebenensystemen (Abbildung 1).

Im Einheitsstaat ist es einfach: Die Bürger adressieren den Staat, der Staat adressiert die Bürger. Im unitarischen Föderalismus deutscher Prägung ist es schon komplizierter: Die Bürger adressieren vor allem die Bundespolitik, selbst noch bei Landtagswahlen. Die Bundespolitik wiederum adressiert Landesverwaltungen, die die Gesetze umsetzen sollen.

Die Europäische Union ist in jeder Hinsicht viel stärker von den Mitgliedstaaten abhängig. Sie ist eine Regierung von Re-

gierungen, die die europäischen Richtlinien und Verordnungen in nationales Recht umsetzen müssen. Auch wenn es um die europäische Politik geht, einschließlich der Europawahlen, adressieren die Bürger aber vor allem ihre nationalen Regierungen, sowohl mit Zustimmung als auch mit Unmut – schon allein deshalb, weil sie den europäischen Gehalt nationaler Gesetze nur schwer einschätzen können. Die nationalen Regierungen üben ihr demokratisches Mandat aus, indem sie der EU Aufgaben übertragen und sie kontrollieren. Und sie halten dafür den Kopf hin, werden also möglicherweise abgewählt, wenn etwas schief läuft.

Die Europäische Union bezieht ihre Legitimation demnach vor allem aus der demokratischen Qualität der Mitgliedstaaten. Für das Nachdenken über mögliche Demokratieprobleme hat der Wechsel von der staatsanalogen Betrachtungsweise zur Mehrebenenperspektive weitreichende, ja unerhörte Konsequenzen. Denn wenn die in der Abbildung dargestellten Herrschafts- und Legitimationsketten gut funktionieren, dann bedarf es gar keiner Volldemokratisierung der EU – und aus dem Umstand, dass sie

keine funktionsfähige parlamentarische Demokratie ist, folgt nicht zwingend ein Demokratiedefizit. Anders ausgedrückt: Die über die Mitgliedstaaten verlaufende Demokratiezufuhr entlastet die Union davon, selbst demokratisch sein zu müssen. Was allerdings noch nicht bedeutet, dass es kein europäisches Demokratiedefizit gibt.

**Die Reformvorschläge erscheinen in einem anderen Licht**

Die alternative Sichtweise wirft ein interessantes Licht auf einige der eingangs beschriebenen Reformideen. Alle deutschen Parteien der Mitte haben signalisiert, dass sie das Straßburger Parlament stärken wollen. Aber auf wessen Kosten? Stattet man das EP mit einem Initiativrecht aus, muss sich die Kommission ihr bisheriges Initiativmonopol künftig mit einem weiteren supranationalen Organ teilen. Für die in der Abbildung dargestellten Legitimationsketten ist das unproblematisch.

Anders verhält es sich mit Reformideen, die das Parlament auf Kosten des Rates stärken und diesen letztendlich in die Rolle einer nachgelagerten zweiten Kam-

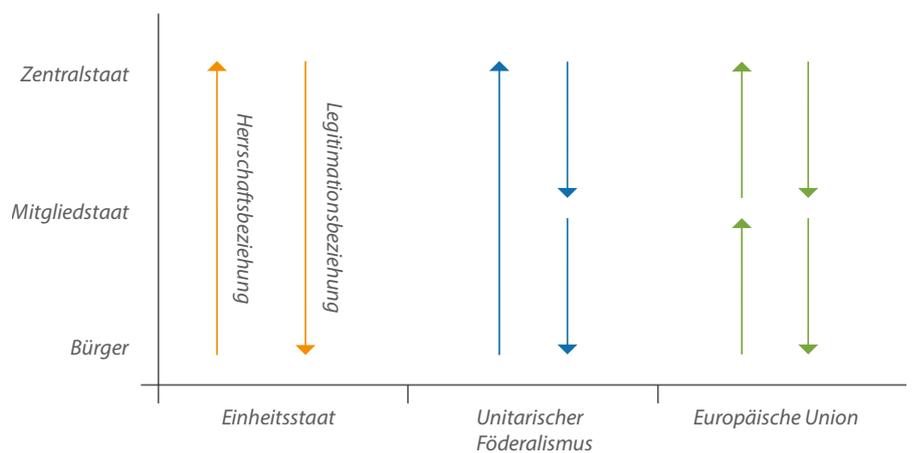


Abbildung 1: Legitimations- und Herrschaftsbeziehungen in Mehrebenensystemen. Die Pfeile von unten nach oben zeigen an, an wen die Bürgerinnen und Bürger sich wenden und mit Legitimität zur politischen Herrschaft ausstatten. Legitimität wird hier als Anerkennungswürdigkeit verstanden: Wenn politische Herrschaft als legitim erkannt wird, folgen wir den von der Regierung gesetzten Regeln auch dann, wenn wir uns eigentlich andere gewünscht hätten. Die nach unten gerichteten Pfeile zeigen an, wen die Regierungen mit ihren Gesetzen adressieren.

© Nach Fritz W. Scharpf: „Legitimität im europäischen Mehrebenensystem“. Leviathan 37 (2): 244–80 (2009), hier: S. 252.



Der Europäische Rat ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Über den Rat, dessen Mitglieder an die Weisungen aus ihren Herkunftsländern gebunden sind, erfolgt die Demokratiezufuhr aus den Mitgliedstaaten der EU.

mer drängen wollen. Die Erkenntnisse zur europäischen Mehrebenen-Demokratie gebieten hier Vorsicht. Nach der Verwirklichung solcher Reformen würde die EU über ein stärker *parlamentarisches* politisches System verfügen, aber nicht unbedingt über ein stärker *demokratisiertes* – erfolgt die von den Mitgliedstaaten kommende Demokratiezufuhr doch gerade über den Rat, dessen

## Die EU bezieht ihre Legitimität aus der demokratischen Qualität der Mitgliedstaaten.

Mitglieder an die Weisungen aus ihren Herkunftsländern gebunden sind. Am Ende könnten die Bürgerinnen und Bürger die Geschwindigkeit und Richtung der europäischen Integration über nationale Wahlen noch weniger steuern als bisher, stünden auf europäischer Ebene aber weiterhin mit einem Parlament da,

bei dessen Wahlen es keine Stimmengleichheit gibt. Und eine Lösung für das Problem der degressiven Proportionalität ist bis auf Weiteres nicht in Sicht.

Ähnlich fragwürdig erscheint in diesem Licht die Forderung nach einem generellen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Rat. Werden Länder im Rat überstimmt, wird das im Normalfall als unproblematisch betrachtet, denn die Minderheit hat ja jede Chance, das nächste Mal wieder Teil der Mehrheit zu sein. Probleme entstehen aber, wenn Länder in für sie besonders sensiblen Angelegenheiten überstimmt werden – man stelle sich etwa einen Mehrheitsbeschluss in der EU-Außenpolitik vor, der das deutsch-israelische Verhältnis empfindlich belastet. Vor allem aber wird es heikel, wenn ein Land oder eine Ländergruppe regelmäßig überstimmt wird. Dies würde die ohnehin bestehenden inhereuropäischen Spannungen verschärfen und zu gefährlichen Spaltungen führen. Die Forderung, generell und überall zum Mehrheitsprinzip überzugehen, ist daher zu pauschal. Sinnvoll wäre es aber durchaus, sich alle Bereiche einzeln anzuschauen und Schritt für Schritt abzu-

wägen, ob ein Übergang zur Mehrheitsregel mehr Nutzen oder Gefahren birgt.

### Die Eingriffstiefe europäischer Entscheidungen

Die Funktionsfähigkeit der Mehrebenen-Demokratie setzt voraus, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten in der Lage sind, europäische Entscheidungen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern zu verantworten. Ob das funktioniert, hängt davon ab, was die EU tatsächlich macht: Beschränkt sie sich etwa darauf, den gemeinsamen Markt zu verwalten und genuin transnationale Probleme zu lösen, oder greift sie darüber hinaus in verteilungsrelevante und souveränitäts-sensible mitgliedstaatliche Belange ein? Vor allem hängt es davon ab, ob sich die EU auf die Ausübung von Kompetenzen beschränkt, die ihr die Mitgliedstaaten tatsächlich übertragen haben, oder ob darüber hinaus *competence creep* stattfindet, also eine stille Ausweitung der Macht der EU-Organe ohne Zutun der Mitgliedstaaten.

Über diese Fragen gibt es in der Forschung lange und kontroverse Debatten. Unstrittig ist jedenfalls, dass die Union



Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) legt das EU-Recht aus und überwacht, dass es in allen EU-Ländern auf die gleiche Weise angewendet wird. Wie stellt man sicher, dass dadurch demokratische Entscheidungsspielräume auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht übermäßig eingeschränkt werden?

weit über einen reinen Binnenmarktverwalter hinausgewachsen ist. Ihre Tätigkeiten erstrecken sich heute auf viele für ihre Mitglieder sensible Politikbereiche: auf das Sozial- und Steuerrecht, das Verhältnis von Staat und Kirche, auf Standards bei der Gewährung von Asyl und vieles andere mehr. Um die Eurokrise zu bewältigen, hat die EU tief in die Souveränität der Krisenstaaten eingegriffen; heute macht sie im Rahmen der Haushaltsüberwachung Vorgaben zur Budgetpolitik.

Eine brisante Frage im Hinblick auf *competence creep* ist, wer eigentlich für die Auslegung des Europarechts zuständig ist und wie weitreichend etwaige Neuauslegungen sind. Ein großer Teil der europäischen Politik wird nämlich nicht über das politische System der EU gestaltet, sondern als *Verfassungsvollzug* vom europäischen Höchstgericht vorgegeben. Das bedeutet, dass der EuGH primärrechtliche Bestimmungen mit immer mehr Rechtspflichten der Mitgliedstaaten gegenüber der Union auflädt, was mit einer erheblichen Eingriffstiefe verbunden ist. Viel davon beruhte in der Vergangenheit auf den Binnenmarktregeln, dem europäischen

Wettbewerbsrecht und den Bestimmungen zur Antidiskriminierung. In Zukunft dürften besonders die in Artikel 2 EUV gelisteten Unionswerte hinzukommen.

Diese Vorgänge beeinträchtigen die Funktionsfähigkeit der europäischen Mehrebenen-Demokratie. Die Regierungen verlieren zusehends die Fähigkeit, die Tätigkeiten der Union zu kontrollieren und europäische Entscheidungen gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern zu verantworten. Wenn europäische Politik als Verfassungsvollzug betrieben wird oder in Form von Entscheidungen technokratischer Behörden wie der Europäischen Zentralbank oder der Troika, ist das politische System der Union von vornherein außer Kraft gesetzt; daran würden auch Reformen an diesem System nichts ändern. Im Ergebnis werden demokratische Entscheidungsspielräume auf Ebene der Mitgliedstaaten minimiert, ohne dass dem eine – wenn auch defizitäre – demokratische Kontrolle auf Unionsebene gegenübersteht. Kurzum: Die Mehrebenenperspektive lenkt den Blick weg von den Eigenarten des politischen Systems der Union und hin zu Umfang und Inhalt ihrer Entscheidungen. Macht die EU mehr, als die

Regierungen es gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern vertreten und verantworten können, gibt es ein Defizit an Demokratie.

#### Ein Weg zum Schutz der Demokratie

Ein solches europäisches Demokratiedefizit lässt sich durchaus feststellen. Es ist aber keinesfalls so, dass die EU bewusst undemokratisch errichtet wurde und man nun nur einige offensichtliche Stellschrauben drehen müsste, um diesen Missstand zu beheben. In politisch-institutioneller Hinsicht ist die Union ungefähr so demokratisch, wie sie nur kann.

Reformerinnen und Reformer könnten in der Tat erwägen, das Europäische Parlament mit einem Initiativrecht auszustatten. Damit erscheinen die verfügbaren politisch-institutionellen Reformen

---

Reformen ja – aber nicht politisch-institutionell, sondern in Handlungsfeldern.

---



### Martin Höpner

ist Politikwissenschaftler und Leiter der Forschungsgruppe „Politische Ökonomie der europäischen Integration“ am MPIfG. An der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln ist Höpner außerplanmäßiger Professor.

*Forschungsinteressen:* Vergleichende Politische Ökonomie, europäischen Integration, Arbeitsbeziehungen

**Forschungsgruppe „Politische Ökonomie der europäischen Integration“**  
<https://tinyurl.com/Forschungsgr-Hoepner>

der EU aber ziemlich ausgeschöpft. Vor Ideen wie einem generellen Übergang zum Mehrheitsprinzip im Rat oder etwa einer Wahl des Kommissionspräsidenten oder der gesamten Kommission allein durch das Parlament ist hingegen zu warnen. Das könnte am Ende weniger statt mehr Demokratie bedeuten.

Eine Folgerung aus der Mehrebenentheorie ist, dass der Mangel an Demokratie auf europäischer Ebene allein noch kein Demokratiedefizit erzeugt. Probleme entstehen erst dann, wenn die Aktivitäten der EU die vorhandene Legitimationsbasis, die sich aus den mitgliedstaatlichen Demokratien ableitet, überstrapazieren. Hier liegt der Schlüssel zum Abbau des euro-

päischen Demokratiedefizits. Mehr noch als das politische System der EU bedürfen ihre Tätigkeitsfelder und Tätigkeitsarten einer kritischen Überprüfung.

Früher oder später wird eine Überarbeitung der europäischen Verträge unvermeidlich sein, sie ist schon lange überfällig. Wenn es dazu kommt, wäre zu überlegen, welche transnationalen Probleme die Union bisher nicht in den Griff bekommen hat – oder wo die Union bereits aus guten Gründen tätig ist, obwohl die einschlägigen Kompetenznormen fragwürdig sind. Aber das ist nur die eine Seite. Im Gegenzug wäre nach Bereichen zu suchen, aus denen die Union sich zurückziehen kann. Das Prüfkriterium sollte dabei lauten: Gibt es wirklich ein genuin transnationales Problem zu lösen – oder gibt es lediglich einen vagen transnationalen Bezug, der sich in einem gemeinsamen Binnenmarkt immer irgendwie behaupten lässt?

Wer sich dieser Prüffrage stellt, wird Rückzugsmöglichkeiten entdecken, die oft weniger den Unionsgesetzgeber als vielmehr die zu weit gegangene Auslegung des Unionsrechts durch den Gerichtshof betreffen. Reformerrinnen und Reformer sollten versuchen, Handlungsfelder wie etwa das kollektive Arbeitsrecht zu identifizieren, die es im Namen der Binnenmarktfreiheiten vor Eingriffen des EuGH zu schützen gilt. Ähnliches trifft auf Teile des europäischen Antidiskriminierungsrechts zu. Auch sollten die vertragschließenden Regierungen politisch klären, ob und inwiefern sie die in Artikel 2 EUV aufgeführten Unionswerte tatsächlich als Rechtspflichten der Mitgliedstaaten gegenüber der EU verstehen möchten. Darüber hinaus sollte überprüft werden, wie sich die an einzelne Mitgliedstaaten gerichteten Weisungen, wo im-

mer sie sanktionsbewehrt sind, auf ein absolutes Minimum reduzieren lassen.

Auf diese Weise ließe sich eine Fokussierung der Europäischen Union auf Kernaufgaben erreichen, ergänzt um flexible Integrationsprojekte in ausgewählten Ländergruppen. Die demokratischen Spielräume auf mitgliedstaatlicher Ebene würden besser als bisher geschützt und der Demokratiebedarf europäischer Entscheidungen würde nicht mehr oder zumindest weniger überspannt. Im Ergebnis würde die EU nachvollziehbarer, effektiver, weniger angreifbar – und eben demokratischer.

### Zum Weiterlesen

Dieter Grimm

**Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie.** München: Beck, 2016.

Martin Höpner

**Der Europäische Gerichtshof als Motor der Integration: Eine aktorsbezogene Erklärung.** Berliner Journal für Soziologie 21 (2): 203–29 (2011).

Martin Höpner, Susanne K. Schmidt  
**Can We Make the European Fundamental Freedoms Less Constraining?** Cambridge Yearbook of European Legal Studies 22: 182–204 (2020).

Fritz W. Scharpf

**Regieren in Europa: Effektiv und demokratisch?** Frankfurt a.M.: Campus, 1999.

Fritz W. Scharpf

**Legitimität im europäischen Mehrebenensystem.** Leviathan 37 (2): 244–80 (2009).

# Partnergruppe des MPIfG

## Ein Zentrum für Wirtschaftssoziologie in Chile

**Felipe González López, ehemaliger Doktorand am MPIfG, hat in Chile eine Forschungsgruppe aufgebaut, die sich mit der Politik wirtschaftlicher Erwartungen in der Öffentlichkeit beschäftigt – ein Thema, das sowohl mit seiner eigenen Forschung als auch mit der des MPIfG verknüpft ist. Die an der Universidad Central de Chile angesiedelte Gruppe wird von der Max-Planck-Gesellschaft ermöglicht und gefördert. Mit den sogenannten Max-Planck-Partnergruppen unterstützt die Max-Planck-Gesellschaft junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an Max-Planck-Instituten geforscht haben und in ihr Heimatland zurückkehren. Im Interview erklärt González López, wie die Gruppe sich formierte und wie insbesondere auch die Forschungslandschaften wissenschaftlich aufstrebender Länder von solchen Forschungspartnerschaften profitieren.**



Das Interview führten Anna Röttger und Susanne Berger.

**Dr. González López, Ihre „Max-Planck-Partnergruppe zur Erforschung von Ökonomie und Öffentlichkeit“ untersucht die Interaktionen zwischen Akteuren in Wirtschaft und Politik und wie diese die öffentliche Wahrnehmung von wirtschaftlichen Prozessen beeinflussen. Was hat Sie motiviert, sich gerade mit diesem Thema zu beschäftigen?**

Nach meiner Rückkehr nach Chile im Jahr 2015 habe ich an der Fakultät für Politikwissenschaft und öffentliche Verwaltung der Universidad Central de Chile gearbeitet, wo ich zusammen mit Kolleginnen und Kollegen ein innovatives Observato-

rium eingerichtet habe, um die Wechselwirkungen zwischen sozialen Medien und Demokratie zu untersuchen. Die große Resonanz auf diese Forschung lenkte einen Teil meines Interesses in Richtung Medienstudien und die Dynamik von Informationen im öffentlichen Raum.

Genau zu dieser Zeit wendete sich die Wirtschaftssoziologie hin zur Untersuchung wirtschaftlicher Erwartungen, für die Jens Beckerts Buch *Imaginierte Zukunft* (2016) den Anstoß gab. So erkannte ich, dass kommunikative Phänomene in der öffentlichen Sphäre eine entscheidende Rolle beim Entstehen

wirtschaftlicher Erwartungen spielen und zugleich erhebliche Auswirkungen auf politische Entwicklungen, Präferenzen und Wahlverhalten haben.

Daraus entstand die Idee, die beiden Disziplinen Wirtschaftssoziologie und Kommunikationswissenschaft miteinander zu verbinden und auf diesem Wege die Dynamik von Wirtschaftsnachrichten und deren Einfluss auf die öffentliche Meinung und politische Entscheidungen zu erforschen. Dabei konzentriere ich mich mit meiner Gruppe auf den negativen Bias in den Wirtschaftsnachrichten und die Diskrepanz zwischen objektiver



Die Max-Planck-Partnergruppe zur Erforschung von Ökonomie und Öffentlichkeit ist an der Fakultät für Wirtschaft, Politik und Kommunikation an der Universidad Central de Chile angesiedelt. Die private Universität liegt in der Landeshauptstadt Santiago de Chile.

und subjektiver Wirtschaftswahrnehmung, die durch Medienberichterstattung entsteht.

#### Was war Ihnen bei der Einrichtung der Partnergruppe besonders wichtig?

Besonders lag mir am Herzen, mit dem Projekt eine langfristige und konsistente Forschungsrichtung vorzugeben, die eng mit dem Forschungsprogramm des MPIfG verzahnt ist. Die Anpassungsfähigkeit der Gruppe in Bezug auf Forschungsthemen und Aktivitäten war dabei entscheidend. Durch die Vielfalt ihrer Mitglieder aus verschiedenen Institutionen und auf unterschiedlichen Karrierestufen kann die Gruppe stets flexibel agieren – sowohl was ihre Größe, ihren Fokus und den Ressourceneinsatz angeht. In den ersten zwei Jahren gelang es uns so, eine solide Forschungsagenda zu etablieren, die sich zu einem breiteren Konzept entwickelte, das von führenden Forschenden, einem Forschungsinstitut und einem Doktorandenprogramm getragen wird. In dem Graduiertenprogramm, das eine starke internationale Ausrichtung hat, werden Trends, Entwicklungen und Krisen in kapitalistischen Gesellschaften erforscht.

#### Der Start der Partnergruppe fiel mit dem Lockdown aufgrund der weltwei-

#### ten COVID-19-Pandemie zusammen. Wie sind Sie mit dieser Herausforderung umgegangen?

Der Aufbau der Partnergruppe während des Lockdowns war eine enorme Herausforderung, da internationale Kooperationen normalerweise ein hohes Maß an Mobilität und Planungssicherheit erfordern. Trotz dieser Schwierigkeiten gelang es uns, Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung als Schwerpunkt in unserer Fakultät fest zu verankern. Diese Anstrengungen führten im dritten Jahr zu finanzieller Unterstützung für ein stärkeres Team, das wir nun in internationale Forschungsnetzwerke integrieren, beispielsweise durch Workshops in Santiago de Chile, Teilnahme an internationalen Konferenzen und Besuche am MPIfG.

#### Inwieweit können Sie zum jetzigen Zeitpunkt Ihrer Karriere von der Zusammenarbeit zwischen den beiden wissenschaftlichen Institutionen MPIfG und Universidad Central de Chile profitieren?

In erster Linie geht es darum, eine gemeinsame Forschungsagenda zu entwickeln und zu fördern. Mit der Partnergruppe ist es uns gelungen, einen multidisziplinären Arbeitsraum mit langfristigen Perspektiven zu etablieren.

Unsere Vision für die Zukunft ist es, eine fortlaufende Zusammenarbeit mit dem MPIfG und anderen Forschungseinrichtungen in Lateinamerika zu etablieren.

Zweifellos hat die Partnergruppe auch meiner akademischen Laufbahn einen bedeutenden Schub in Richtung Forschungsleitung und -management in den Sozialwissenschaften gegeben.

#### Welche Zukunftsperspektiven sehen Sie in Ihrem Forschungsbereich?

Wir stehen jetzt an einem wichtigen Punkt: Aus den vielfältigen Kollaborationen und dem Austausch innerhalb der Gruppe soll ein gemeinsamer Forschungsschwerpunkt entwickelt werden. Die individuellen Forschungsziele und Interessen jedes Mitglieds haben durch den gegenseitigen Einfluss zu neuen Fragestellungen geführt, die über traditionelle Ansätze hinausgehen. So untersucht die Gruppe zum Beispiel den Einfluss von Haushaltsverschuldung auf sozialen Protest und politische Beteiligung sowie die Rolle sozioökonomischer Heterogenität in interpersonellen Netzwerken auf Konsum- und Verschuldungspraktiken. Damit wollen wir besser verstehen lernen, wie sozioökonomische Prozesse auf Mikroebene breitere soziale Phänomene wie Depolitisierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinflussen. Die Gruppe hat sich vorgenommen, ihre individuellen Forschungsschwerpunkte weiter zu verzahnen, um ein umfassenderes Verständnis sozialer Prozesse zu fördern.

#### Welchen Beitrag wollen Sie mit Ihrer Partnergruppe in den kommenden Jahren leisten?

Der bedeutendste Beitrag wird die Institutionalisierung der Wirtschaftssoziologie in Chile durch die Entwicklung einer innovativen Forschungsagenda sein, die Traditionen, Fragen und Methoden verbindet. Die Ausbildung von neuen Doktorandinnen und Doktoranden in dem neuen Graduiertenprogramm ab 2024 erachte ich als wesentlichen Bestandteil davon. Wir planen, ein größeres Forschungsteam mit guter Ausstattung, mehreren Promovierenden sowie erfah-

renen Gastprofessorinnen und -professoren aufzubauen. Dies ist ein bedeutender Schritt für unsere Universität und stärkt die Entwicklung dieses wichtigen Forschungsfeldes. In der Vergangenheit mussten viele der chilenischen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler ins Ausland gehen, um sich in diesen Bereichen zu spezialisieren und fachlich weiterzuentwickeln. Nun haben wir mit unserer Partnergruppe

pe einen Raum für Forschung und Lehre geschaffen. Wir freuen uns daher sehr auf die Mitarbeit der neuen Promovierenden und sind gespannt, wohin uns diese Phase des Projekts führen wird.

#### Welchen Rat würden Sie Nachwuchsforschenden geben, die ein solches Projekt verfolgen möchten?

Junge Forschende sollten die Partnergruppe als Gelegenheit wahrnehmen,

eine intellektuelle Gemeinschaft am eigenen Standort zu etablieren, die eigene Wachstums- und Entwicklungswege erkennen und verfolgen kann. Durch den Aufbau starker Kollaborationsnetzwerke und die Entwicklung eines Ausbildungsprogramms für kommende Generationen kann das Projekt langfristig über seine offizielle Laufzeit hinauswirken. Die nachhaltige Wirksamkeit solcher Initiativen macht sie besonders wertvoll.

## Max-Planck-Partnergruppe in Santiago de Chile

Aktuell erforscht das zehnköpfige Team der Max-Planck-Partnergruppe in Santiago de Chile unter der Leitung von Felipe González López die Dynamik zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf aktuellen Trends, Krisen und den Folgen kapitalistischer Entwicklungen. Die Stärke der Partnergruppe liegt in der interdisziplinären Zusammensetzung und der methodischen Vielfalt, die Wirtschaftssoziologie, Soziologische Anthropologie, Entwicklungsökonomie, Politikwissenschaft, Politische Soziologie und Politische Ökonomie vereint. Die Forscherinnen und Forscher nutzen ein breites methodisches Spektrum, von ethnografischen Ansätzen und historischen Methoden bis zu multivariaten Analysen und experimentellen Verfahren.

Die Ökonomin **Gabriela Zapata** erforscht die Auswirkungen struktureller Transformationen auf Arbeitsmarktungleichheiten in Chile.

Die Anthropologin **Paz Concha** konzentriert sich auf Kulturökonomie, Wirtschaftssoziologie und Urbanistik aus ethnografischer Perspektive.

**Valeria Scapini** hingegen forscht in den Bereichen Umwelt, Gesundheit, angewandte Wirtschaftswissenschaften für die öffentliche Politik und Umwelt im Zusammenhang mit Naturkatastrophen.

Aus einer eher traditionellen wirtschaftssoziologischen Perspektive konzentriert sich **Gabriel Chouhy** auf die Soziologie der Märkte, die Soziologie der Expertise und die vergleichende historische Soziologie, um verschiedene Marktinstrumente zu untersuchen, die als Werkzeuge der öffentlichen Politik eingesetzt werden.

**Gabriel Otero** kombiniert Soziologie und Stadtforschung, um mittels quantitativer Methoden zu erforschen, wie sozio-ökonomische Konfigurationen von interpersonalen Netz-



Ab 2019 baute der Wirtschaftssoziologe Felipe González López die erste Partnergruppe des MPIfG in Lateinamerika auf. Die Förderung der Gruppe läuft noch bis Ende 2025.

werken verschiedene Überzeugungs- und Präferenzmuster in der Gesellschaft beeinflussen.

**Ismael Puga** integriert empirische und theoretische Arbeiten zu kollektiven Aktionen und Protesten, zur Legitimation von Ungleichheiten und kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen sowie zur Frage der Ideologie.

**Ignacio Schiappacasse** erforscht die Rolle der Wirtschaftseliten in lateinamerikanischen Entwicklungsmodellen.

**Felipe González López** untersucht gemeinsam mit **Matías Gómez** die Prozesse der Finanzialisierung der Gesellschaft, vor allem die Auswirkungen von übermäßiger Kreditabhängigkeit auf soziale Schichtungsmuster. Ein weiterer Fokus liegt auf der Politisierung von Kredit und Schulden und der Frage, unter welchen Umständen Verschuldung zu kollektivem Handeln führt.

[www.mpifg.de/1086896/mpp-oekonomie-und-oeffentlichkeit](http://www.mpifg.de/1086896/mpp-oekonomie-und-oeffentlichkeit)

# Nachrichten

## Ehrendoktorwürden der Hertie School für Renate Mayntz und Fritz Scharpf



Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf, beide Direktoren emeriti am MPIfG, erhalten die Ehrendoktorwürde der Hertie School. Cornelia Woll, Präsidentin der Hertie School, hob in Ihrer Ansprache die nachhaltige Wirkung der Forschung der beiden Direktoren auf Generationen von Wissenschaftlern und politische Entscheidungsträger hervor, insbesondere den prägenden Einfluss ihrer Arbeiten zur Steuerungsfähigkeit von Politik und Gesellschaft. Als Pionierin der Soziologie und der Organisationsforschung hat Renate Mayntz entscheidende Beiträge zum Verständnis komplexer Systeme und des sozialen Wandels geleistet. Fritz Scharpf, renommierter Rechts- und Politikwissenschaftler, ist weithin für seine Analyse der institutionellen Dynamik in föderalen Systemen und in der Europäischen Union bekannt. Gemeinsam haben sie in den 1980er- und 1990er-Jahren die theoretischen Grundlagen des akteurzentrierten Institutionalismus entwickelt. Dieser innovative Forschungsansatz gewährt Einblicke in die Dynamik, die politischen Wandel ermöglicht und politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen vorantreibt. Renate Mayntz und Fritz Scharpf sind bis heute wissenschaftlich am MPIfG aktiv. Die feierliche Verleihung der Ehrendoktorwürden fand am 4. September in der Hertie School in Berlin statt.

## ERC Starting Grant für Lisa Suckert



Die Wirtschaftssoziologin Lisa Suckert erhält einen der renommierten Starting Grants des Europäischen Forschungsrates (ERC) und damit rund 1,5 Millionen Euro für ihr Forschungsprojekt „REIMAGINE – Understanding the Role of Economic Imagination for Advancing Decarbonization in Europe“. Die auf fünf Jahre angelegten Starting Grants ermög-

lichen es herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu Beginn ihrer Karriere, unabhängig eigene innovative Projektideen zu verwirklichen und Forschungsgruppen zu bilden. In ihrem Projekt wird Lisa Suckert der Frage nachgehen, welche Vorstellungen sich Gesellschaften von ihrem Weg zur dekarbonisierten Wirtschaft der Zukunft machen. Ausgehend von einer Typologie von *decarbonization imaginaries*, wird sie vergleichend in fünf europäischen Ländern (Irland, Deutschland, Polen, Schweden und Spanien) untersuchen, wie ökonomische Zukunftsvorstellungen gesellschaftlicher Akteure gemeinsame Visionen ermöglichen, aber auch zu Konflikten und Sackgassen in der Klimapolitik führen. Lisa Suckert ist seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG. Ihre Forschungsinteressen umfassen Gesellschaftstheorie, politische Soziologie, Temporalität und Zukunftsvorstellungen sowie Dynamiken von Krisen.

## DVPW-Lebenswerkpreis für Fritz Scharpf

Fritz W. Scharpf, Direktor emeritus am MPIfG, erhält den Lebenswerkpreis der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW). Scharpf, seit 1968 Mitglied der DVPW, hat die Politikwissenschaft über sechs Jahrzehnte mit wegweisenden Forschungsbeiträgen geprägt. Seine Arbeiten genießen internationale Anerkennung und haben neben der Politikwissenschaft auch Nachbardisziplinen wie Soziologie und Ökonomie beeinflusst. Der DVPW-Lebenswerkpreis wird 2024 zum ersten Mal verliehen. Mit ihm sollen herausragende Persönlichkeiten gewürdigt werden, die mit ihren Forschungsleistungen wesentliche Impulse für die Weiterentwicklung des Faches gegeben und zur Vernetzung innerhalb der Wissenschaft beigetragen haben.

## Ökologie und Demokratie: Neue Forschungsgruppe nimmt ihre Arbeit auf



Zu Jahresbeginn hat die Forschungsgruppe „Umstrittene Ökologien in kapitalistischen Demokratien“ unter der Leitung von Leon Wansleben ihre Arbeit aufgenommen. Thematisch greift die Forschungsgruppe eine der drängendsten Herausforderungen für moderne Gesellschaften auf: den Klimawandel und seine Folgen. Die Forschungsgruppe untersucht die Dynamiken des gesellschaftlichen Wandels in verschiedenen Ländern und in verschiedenen Kontexten. Grundlegend ist die Annahme, dass funktionierende Institutionen eine entscheidende Rolle dabei spielen, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Leon Wansleben ist seit 2019 Forschungsgruppenleiter am MPIfG.

## Basak Kus MPIfG Scholar in Residence 2024



Basak Kus, außerordentliche Professorin für Regierungslehre an der Wesleyan University, war im Sommersemester 2024 als Scholar in Residence am MPIfG. Übergeordnetes Thema ihrer Forschung ist das Zusammenspiel von Staat, Kapitalismus und Demokratie, insbesondere in den USA, und die Reaktion von Regierungen auf Krisen und Risiken in Bereichen wie Finanzen, Klimawandel und nationale Sicherheit. In ihren Arbeiten hat sie sich mit Wirtschaftskrisen, Liberalisierungsreformen, dem Wohlfahrtsstaat, Finanzialisierung und Verschuldung befasst. Während ihres Aufenthalts hat Kus die dreiteilige Vortragsreihe „Trade-Offs: The State, Economic Thinking, and Risk Regulation in the Age of Crises“ angeboten.

### Vorträge als Videopräsentation:

[https://www.mpifg.de/1184468/audios\\_videos](https://www.mpifg.de/1184468/audios_videos)

## Kooperation mit der Brown University



Das MPIfG und das Watson Institute for International and Public Affairs an der Brown University in Providence, Rhode Island, gehen eine wissenschaftliche Kooperation ein.

Dazu wurde im Januar ein dreijähriges Abkommen über den Austausch von Promovierenden unterzeichnet. Das Watson Institute betreibt sozialwissenschaftliche Forschung zu kritischen Herausforderungen unserer Zeit wie etwa Armut und Ungleichheit, ethnische Konflikte, Klimawandel und Cyber-Bedrohungen. Das MPIfG betrachtet die internationale Zusammenarbeit als die wichtigste Organisationsform vergleichender Forschung und unterhält eine Reihe enger Kooperationsbeziehungen zu akademischen Partnerinstitutionen im Ausland.

## Das MPIfG feiert den 95. Geburtstag von Renate Mayntz



Mit einer internen Feier hat das MPIfG den 95. Geburtstag seiner Gründungsdirektorin Renate Mayntz begangen. Aktuelle und ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MPIfG, Alumni und Weggefährten fanden sich ein, um Frau Mayntz ihre persönliche Wertschätzung und Dankbarkeit auszudrücken. In ihren Redebeiträgen würdigten Jens Beckert, Wolfgang Streeck und Rudolf Stichweh das beeindruckende Lebenswerk der Soziologin. Mayntz gründete 1984 das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) und war bis 1997 dessen Direktorin. Unter ihrer Leitung entwickelte sich das Institut zu einer der führenden sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Deutschland und international. Ihre wegweisenden Forschungen haben die Soziologie in vielen Bereichen – von der Organisationssoziologie, der Governance- und Policy-Forschung bis hin zur Wissenschafts- und Technikforschung – maßgeblich geprägt und Generationen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern inspiriert. Renate Mayntz hat zahlreiche Ehrungen und Preise erhalten, darunter den Innovationspreis des Landes Nordrhein-Westfalen für ihr Lebenswerk im Jahr 2010, und Ehrendoktorwürden verschiedener Universitäten. Ihre Arbeiten haben weltweit Anerkennung gefunden und wurden in viele Sprachen übersetzt.

## Petra Pinzler Journalist in Residence im Frühjahr 2024



Petra Pinzler war von Januar bis April als Journalist in Residence am MPIfG zu Gast. Die studierte Wirtschafts- und Politikwissenschaftlerin arbeitet seit 1994 bei der Wochenzeitung *Die Zeit*. Nach Stationen als Korrespondentin in Washington, D. C., und Brüssel ist sie seit 2008 Mitglied der Hauptstadredaktion. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit liegen im Bereich Klima- und Wirtschaftspolitik. Am MPIfG ging sie der Frage nach, wie politische und wirtschaftliche Ziele vor dem Hintergrund planetarer Grenzen neu zu denken sind. Während ihres Aufenthaltes bot sie den Workshop an „Der Fortschrittskompass – Welche Ideen braucht das Land für die Zukunft?“ sowie zusammen mit Matthias Greffrath einen Workshop zum Thema „Research Communication in the Age of Influencers“. Das Journalist in Residence Fellowship ermöglicht es Journalistinnen und Journalisten, im Rahmen eines Gastaufenthalts ein selbst gewähltes Rechercheprojekt im direkten Austausch mit der Wissenschaft zu verfolgen. Ziel ist es, den Dialog zwischen Sozialwissenschaften und der Gesellschaft zu stärken.

## Benjamin Braun wechselt an die LSE



Benjamin Braun tritt im September 2024 eine Stelle als Assistant Professor am Europa-Institut der London School of Economics and Political Science (LSE) an. Braun ist seit August 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG und seit 2023 Fellow an der Hertie School. In seiner Forschung beschäftigt sich der Politikwissenschaftler mit der politischen Ökonomie des Finanzwesens, der Geldpolitik sowie mit den makrofinanziellen Aspekten von Klimapolitik.

## Alumni-Empfang in Limerick

Am 28. Juni hat der sechste Alumni-Empfang des MPIfG auf dem Jahrestreffen der Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE) in Limerick stattgefunden. Abseits des hektischen Konferenzgeschehens bot der Empfang rund 60 ehemaligen und aktuellen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des MPIfG die Gelegenheit, sich in entspannter Atmosphäre wiederzusehen, neue Kontakte zu knüpfen und Netzwerke aufzufrischen. Der Alumni-Empfang wird regelmäßig auf den SASE-Konferenzen in Europa und Nordamerika



organisiert. Die Veranstaltung wird vom Verein der Freunde und Ehemaligen getragen und ist neben dem jährlich stattfindenden Institutstag eine zentrale Veranstaltung im Rahmen der Alumni-Arbeit des MPIfG.

## Saila Stausholm wechselt an die CBS



Nach fast zwei Jahren als Postdoktorandin am MPIfG kehrt Saila Stausholm nach Kopenhagen zurück. Im Forschungsbereich Politische Ökonomie von Lucio Baccaro untersuchte sie die Rolle der Unternehmensbesteuerung im internationalen Steuerwettbewerb und ihre Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum, Investitionen und Ungleichheit. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie steuerliche Regelungen und Strategien die Entwicklung von Wachstumsmodellen beeinflussen. Saila Stausholm wird in der nächsten Phase ihrer Forschungstätigkeit eine Postdoc-Stelle an der Copenhagener Business School (CBS) übernehmen.

## Lisa Suckert habilitiert

Lisa Suckert, seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, wurde am 9. April 2024 von der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg habilitiert. Ihre kumulative Habilitationsschrift, bestehend aus zehn Veröffentlichungen, trägt den Titel „Krisenzeiten: Wirtschaftssoziologische Perspektiven auf Zeitlichkeit, Zeithorizonte und Zukunftsvorstellungen im Kontext gesellschaftlicher Krisen“. In ihrem Habilitationsvortrag zum Thema „Vom Wirtschaftskrieg zur Kriegswirtschaft: Wirtschaftssoziologische Perspektiven auf das Phänomen Krieg“ zeigte sie, wie die Wirtschaftssoziologie zu einem besseren Verständnis der sozioökonomischen Dimensionen von Krieg beitragen kann. Suckerts Forschung liegt an der Schnittstelle von Wirtschaftssoziologie und politischer Soziologie und hat insbesondere die politische und soziale Konstitution des modernen Kapitalismus zum Thema.

## Monica Bolelli, Vanessa Endrejat, Edin Ibrocevic, Michael Kemmerling, Elizabeth Soer und Mischa Stratenwerth promovieren

Sechs Doktorandinnen und Doktoranden der IMPRS-SPCE haben in den vergangenen Monaten ihre Promotion erfolgreich abgeschlossen. Bereits Ende 2023 hat **Monica Bolelli** an der Universität Duisburg-Essen erfolgreich ihre Dissertation verteidigt. In ihrer Arbeit „Subcontracting on the Premises: The Subcontracting of Labor-Intensive Functions in Northern Italy“ untersuchte sie die Praxis des *appalto* („Unterauftragsvergabe“) in der italienischen Wirtschaft und beantwortete die Frage, wie und warum diese Form der Auslagerung arbeitsintensiver Tätigkeiten in den vergangenen Jahrzehnten eine derart hohe Bedeutung erlangen konnte. Derzeit ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Sozial- und Politikwissenschaft der Università Statale di Milano. Im Februar 2024 wurde **Edin Ibrocevic** an der Universität zu Köln promoviert. In seiner kumulativen Dissertation „The Scientization of Central Banks“ widmete sich Ibrocevic den veränderten Strukturen und Dynamiken in der Wissensproduktion von Zentralbanken sowie den Auswirkungen dieser „Verwissenschaftlichung“ auf politische Institutionen und Zentralbankpolitik. **Vanessa Endrejat** wurde im März 2024 an der Universität zu Köln promoviert. Ihre Dissertation trägt den Titel „Out of Balance, Out of Sight? How the Epistemic Community of Government Finance Statisticians Shapes European Debt Calculations“. Darin erforscht Endrejat, wie Staatsverschuldung in Europa berechnet wird, welche politischen Entscheidungen dabei einfließen und wer diese Entscheidungen trifft. Aktuell ist Endrejat als Postdoktorandin am MPIfG. Ende 2023 wurde **Michael Kemmerling** an der Universität zu Köln promoviert. In seiner Dissertation „Unternehmensmacht im digital(isiert)en Kapitalismus“ analysiert er die grundlegenden Veränderungen, die der Prozess der Digitalisierung in der kapitalistischen Wertschöpfung in Gang gesetzt hat, und erweitert damit die Debatte um die Macht der Plattform-Ökonomie. Aktuell ist er als wissenschaftlicher Mit-



*Edin Ibrocevic,  
Michael Kemmerling und Elize  
Soer erhalten ihre  
Urkunden bei der  
Promotionsfeier im  
Juni.*

arbeiter am Cologne Center for Comparative Politics der Universität zu Köln tätig. **Elizabeth Soer** wurde im Juni 2024 an der Universität zu Köln promoviert. In ihrem Dissertationsprojekt „Imagined Futures: The Role of Imagined Futures in South Africa’s Transition from Apartheid“ hat sie die Rolle von Zukunftsvorstellungen beim Übergang von der Apartheid zur Demokratie in Südafrika in den 1980er- und 1990er-Jahren untersucht. Derzeit ist Soer Postdoktorandin am MPIfG. Anfang Juni 2024 hat **Mischa Stratenwerth** seine Dissertation „Interest Groups and Macroeconomic Policy in the Export-led German Growth Model: Business Associations, Trade Unions, and the Reproduction of the Undervaluation Regime“ erfolgreich verteidigt. Er untersuchte, wie nationale ökonomische Wachstumsmodelle durch makroökonomische Politik, Institutionen und Ideen geprägt werden und welche politische und gesellschaftliche Unterstützung sie benötigen. Derzeit ist Stratenwerth Postdoktorand am MPIfG.

# Bücher, Discussion Papers und Journal Articles

## MPIfG Bücher

Jens Beckert

### **Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht**

Suhrkamp, 2024 | 240 Seiten

ISBN 978-3-518-58809-3



Seit Jahrzehnten wissen wir um die Erderwärmung und ihre Gefährlichkeit. Dennoch nehmen die globalen Treibhausgasemissionen weiter zu. Offenbar gelingt es uns nicht, den Klimawandel zu stoppen. Wie lässt sich dieses Versagen erklären? Warum reagieren Gesellschaften so zögerlich auf diese Bedrohung? In seinem neuen Buch gibt Jens Beckert eine Antwort. Dass die erforderlichen Maßnahmen nicht ergriffen werden, liegt an der Beschaffenheit der Macht- und Anreizstrukturen für Unternehmen, Politiker, Wähler und Konsumenten. Die bittere Wahrheit ist: Wir verkaufen unsere Zukunft für die nächsten Quartalszahlen, das kommende Wahlergebnis und das heutige Vergnügen.

Anhand von zahlreichen Beispielen und mit sozialwissenschaftlichem Bestock zeigt Beckert, warum es sich beim Klimawandel um ein „tückisches“ Problem handelt, an dem die sich seit 500 Jahren entwickelnde kapitalistische Moderne aufgrund ihrer institutionellen und kulturellen Strukturen fast zwangsläufig scheitern muss. Die Temperaturen werden also weiter steigen, die sozialen und politischen Auseinandersetzungen werden sich verschärfen. Anpassungsfähigkeit, Resilienz und vor allem solidarisches Handeln sind gefragt. Daraus ergeben sich Aufgaben für eine realistische Klimapolitik.

*Verkaufte Zukunft* stand auf der Shortlist für den Preis der Leipziger Buchmesse 2024 in der Kategorie Sachbuch/Essayistik und war für den Deutschen Sachbuchpreis nominiert.



Jens Beckert

### **What Makes an Imagined Future Credible?** MPIfG Discussion Paper 24/5.

Jens Beckert, Lukas Arndt

### **The Greek Tragedy: Narratives and Imagined Futures in the Greek Sovereign Debt Crisis.** MPIfG Discussion Paper 24/4.

Herman Mark Schwartz

### **Triffin Reloaded: The Matrix of Contradictions around Global Quasi-State Money.** MPIfG Discussion Paper 24/3.

Arjen van der Heide

### **Dealing Government Bonds: Trading Infrastructures and Infrastructural Power in European Markets for Public Debt.** MPIfG Discussion Paper 24/2.

Andreas Maschke

### **Talking Exports: The Representation of Germany's Current Account in Newspaper Media.** MPIfG Discussion Paper 24/1.

Timur Ergen, Luuk Schmitz

### **The Sunshine Problem: Climate Change and Managed Decline in the European Union.** MPIfG Discussion Paper 23/6.

## MPIfG Discussion Papers

**Abstracts und Download**

[www.mpifg.de/discussion-papers](http://www.mpifg.de/discussion-papers)



## MPIfG Journal Articles

Auswahl, diese und weitere  
Journal Articles unter  
[www.mpifg.de/journal-articles](http://www.mpifg.de/journal-articles)

H. Lukas R. Arndt

**The Peak of Capital? Super-Rich Capitalist Families in Global Interlocking Directorate Networks.** *Revue Française de Sociologie* 64 (1–2): 55–84 (2023).

Melike Arslan

**Legal Diffusion as Protectionism: The Case of the U.S. Promotion of Antitrust Laws.** *Review of International Political Economy* 30 (6): 2285–308 (2023).

Melike Arslan

**Mexico's Battle with Monopolies: Reputation-Based Autonomy and Self-Undermining Effects in Antitrust Enforcement.** *Socio-Economic Review*, 2024.

Lucio Baccaro, Björn Bremer, Erik Neimanns

**Preferences for Growth Strategies in Advanced Democracies: A New "Representation Gap"?** *European Journal of Political Research*, 2024.

Zsófia Barta, Lucio Baccaro, Alison Johnston

**Signaling Virtue or Vulnerability? The Changing Impact of EMU on Government Bond Spreads.** *Socio-Economic Review*, 2024.

Jens Beckert

**Varieties of Wealth: Toward a Comparative Sociology of Wealth Inequality.** *Socio-Economic Review*, 2023.

Bruno Castanho Silva, Danielle Pullan, Jens Wäckerle

**Blending In or Standing Out? Gendered Political Communication in 24 Democracies.** *American Journal of Political Science*, 2024.

Donato Di Carlo, Christian Lyhne Ibsen, Oscar Molina

**The New Political Economy of Public Sector Wage-Setting in Europe: Introduction to the Special Issue.** *European Journal of Industrial Relations* 30 (1): 5–30 (2024).

Hanna Doose

**Losing Ground: Business Power, Standardized Assets and the Regulation of Land Acquisition Taxes in Germany and Sweden.** *Socio-Economic Review*, 2024.

Philipp Golka, Natascha van der Zwan, Arjen van der Heide

**Financialization and Assetization: Assets as Sites of Financial Power Struggles.** *Economy and Society* 53 (1): 112–34 (2024).

Konstantin A. Kholodilin, Sebastian Kohl

**Do Rent Controls and Other Tenancy Regulations Affect New Construction? Some Answers from Long-Run Historical Evidence.** *International Journal of Housing Policy* 23 (4): 671–91 (2023).

Karen Lillie

**Geographies of Wealth: The Materiality of an Elite School in Switzerland.** *Discourse: Studies in the Cultural Politics of Education* 45 (3): 382–95 (2024).

Andrés López Rivera

**Diversifying Boundary Organizations: The Making of a Global Platform for Indigenous (and Local) Knowledge in the UNFCCC.** *Global Environmental Politics* 23 (4): 52–72 (2023).

Matteo Marengo

**Platform Work Meets Flexicurity: A Comparison between Danish and Dutch Social Partners' Responses to the Question of Platform Workers' Contract Classification.** *European Journal of Industrial Relations*, 2024.

Claire Maxwell, Karen Lillie

**From a National Elite to the Global Elite: Possibilities and Problems in Scaling Up.** *British Journal of Sociology*, 2024.

Danielle Pullan, Payton Gannon

**Between the Church and the State: Catholic and European Influences on Abortion Governance in Italy and Beyond.** *Journal of Religion in Europe*, 2024.

Danielle Pullan, Payton Gannon

**Data Discrepancies: Italian Ministry Reports on Abortion, Contextualised.** *Medical Humanities*, 2024.

Manuel Schechtel, Daria Tisch

**Tax Principles, Policy Feedback and Self-Interest: Cross-National Experimental Evidence on Wealth Tax Preferences.** *Socio-Economic Review*, 2023.

Isabell Stamm, Fabian Bernhard, Jan-Philipp Ahrens, Baris Istiqliler  
**Marriage: An Institution You Cannot Disparage? Evidence on the Marriage Norms of Entrepreneurs.** *Small Business Economics*, 2023.

Isabell Stamm, Lena Schürmann, Katharina Scheidgen

**Market Dependence as a Boundary Construction for Work Solidarity with the Solo Self-Employed.** *Work, Employment and Society*, 2023.

Saila Naomi Stausholm, Javier Garcia-Bernardo

**Unfollow the Money: Mapping the Micro Agents of International Tax.** *Review of International Political Economy*, 2024.

Daria Tisch, Emma Ischinsky

**Top Wealth and Its Historical Origins: Identifying Entrenched Fortunes by Linking Rich Lists over 100 Years.** *Socius* 9, 2023.

Daria Tisch, Manuel Schechtl

**The Gender (Tax) Gap in Parental Transfers: Evidence from Administrative Inheritance and Gift Tax Data.** *Socio-Economic Review*, 2024.

Dustin Voss

**Sectors versus Borders: Interest Group Cleavages and Struggles over Corporate Governance in the Age of Asset Management.** *Socio-Economic Review*, 2024.

Leon Wansleben

**Growth Models and Central Banking: Dominant Coalitions, Organizational Sense-Making, and Conservative Policy Innovations at the Bundesbank and Fed.** *Review of International Political Economy* 31 (1): 124–48 (2024).

Leon Wansleben

**Verfallende Infrastruktur bei Rekorderneuerungen: Eine Institutionssoziologie bundesdeutscher Haushaltspolitik.** *Berliner Journal für Soziologie* 34 (1): 103–28 (2024).

Leon Wansleben, Nils Neumann

**Entrepreneurs beyond Neoliberalism: Municipally Owned Corporations and Climate Change Mitigation in German Cities.** *Urban Studies* 61 (5): 799–820 (2024).



## IMPRS-SPCE Dissertation Series

**Studies on the Social and Political  
Constitution of the Economy**

**Abstracts und Download**

<https://imprs.mpifg.de/96335>

Elizabeth Soer

**Imaginariness of Freedom: How Imagined Futures Shaped South Africa's Transition from Apartheid, 1976–1996.** Doktorarbeit, University of Cologne. *Studies on the Social and Political Constitution of the Economy*. IMPRS-SPCE, Cologne 2024.

Agnes Maria Tarnowski

**Schule und Schulleitung in der Migrationsgesellschaft: Eine Mixed-Methods-Studie zum schulischen Umgang mit migrationsbedingter Diversität.** Doktorarbeit, University of Cologne, Cologne 2024.

Edin Ibrocevic

**The Scientization of Central Banks (Cumulative Thesis).** Doktorarbeit, University of Cologne. *Studies on the Social and Political Constitution of the Economy*. IMPRS-SPCE, Cologne 2024.

Ayodeji Akinnimi

**Keeping a Job: Asylum Seekers and Refugees in Temporary and Non-Regular Employment in German.** Doktorarbeit, University of Duisburg-Essen, Duisburg 2023.

**Aktuelle Publikationen des MPIfG**

[www.mpifg.de/publikationen](http://www.mpifg.de/publikationen)

# Max Planck Summer School for Women in Political Economy

## Konferenz

11. bis 14. September 2023

Der Unterrepräsentation von Frauen in der Politischen Ökonomie entgegenzusteuern, das war das Ziel der ersten „Max Planck Summer School for Women in Political Economy“, die sich besonders an junge Wissenschaftlerinnen richtete. Der Mangel an Frauen betrifft zwar alle Karrierestufen der Disziplin, viele Nachwuchswissenschaftlerinnen kehren allerdings schon vor und in ihrer Postdoc-Phase der Wissenschaft den Rücken. Die Gründe dafür reichen von Hindernissen im Zusammenhang mit Elternschaft über fehlende Vorbilder und Netzwerke bis hin zu ungleicher Behandlung von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen. Die Summer School, die im September 2023 am MPIfG stattfand, bot mit einem Mix

aus thematischen Vorträgen, Skills-Sessions, Netzwerk-Pausen, Zoom-Roundtables und Feedback-Einheiten den Teilnehmerinnen über vier Tage hinweg die Chance, Vorbilder kennenzulernen und Netzwerke zu bilden – wichtige Bausteine, um der „Leaky Pipeline“, dem zunehmend sinkenden Frauenanteil mit jeder Stufe der wissenschaftlichen Karriereleiter, entgegenzuwirken.

Thematische Einblicke gaben *Federica Genovese* (Universität Oxford) zur politischen Ökonomie des Klimawandels, *Natascha van der Zwan* (Universität Leiden) zur Finanzialisierung, *Sonja Avlijas* (Universität Belgrad) zur vergleichenden Kapitalismusforschung und der fehlenden

Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Perspektiven sowie *Lea Elsässer* (Universität Mainz) zur politischen Ungleichheit. *Dorothee Bohle* (Universität Wien) bot mit ihrem Vortrag „Under the Radar: WoUmen in (Comparative) Political Economy“ einen Überblick über die Lage von Frauen in diesem Forschungsbereich und Raum zur gemeinsamen Reflexion an.

Ziel der Skills-Sessions war es, den Fokus auf Herausforderungen zu legen, denen sich insbesondere Frauen in der Wissenschaft gegenübersehen: Wie fordere ich „Manels“ – rein männlich besetzte Panels – heraus? Welche Gründe sprechen für oder gegen eine Karriere in der Wissenschaft? Wie handhabe ich meine Zeit,

## Ein Gegenpol zur anhaltenden Unterrepräsentation von Frauen auf dem Gebiet der vergleichenden und internationalen Politischen Ökonomie

Die Unterrepräsentation von Frauen besteht in der Disziplin „Politische Ökonomie“ auf allen Karrierestufen, von der Doktorandin bis zur Professorin. Sie wird aber insbesondere auf der Postdoc-Ebene akut, da viele qualifizierte und talentierte Frauen, die in Politischer Ökonomie promoviert haben, die Wissenschaft verlassen und sich gegen eine akademische Karriere entscheiden. Oft fehlt es ihnen sowohl an Vorbildern als auch an Netzwerken.

Mit der im Jahr 2023 neu etablierten Max Planck Summer School for Women in Political Economy will das MPIfG versuchen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die Summer School wird gemeinsam mit der Sektion Politische Ökonomie der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) organisiert. Ziel ist es, ein europäisches Netzwerk von Frauen, die in der Politischen Ökonomie arbeiten, zu etablieren und dazu beizutragen, bestehende geschlechtsspezifische Ungleichheiten in diesem Bereich abzubauen.



Die Summer School ist eine inklusive Veranstaltung und heißt ausdrücklich Frauen, nichtbinäre Menschen und alle Personen marginalisierten Geschlechts willkommen. Sie ist offen für Promovierende und frisch Promovierte, die in Vergleichender und Internationaler Politischer Ökonomie oder benachbarten Disziplinen forschen.



wann sage ich „Nein“? Und wie manage ich akademische Beziehungen und Mentoring? Zu diesen Fragen wurden Lösungsvorschläge erarbeitet. In den Sessions wurde besonders deutlich: Viele Wissenschaftlerinnen teilen die Frustration über „Manels“ und die Erfahrungen des Übersehen-und-Überhört-Werdens.

Diese spezifischen Erfahrungen wurden auch in den Zoom-Roundtables besprochen, in denen Wissenschaftlerinnen höherer Karrierestufen ihre Erkenntnisse und Erfahrungen mit den Teilnehmerinnen teilten. Es ging um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die für Frauen nicht nach demselben Prinzip wie bei männlichen Kollegen funktionieren kann, um das feststehende Narrativ, „dass man eben nicht alles haben könne“, und um die Bedeutung eines stützenden Netzwerks, auf das man zurückgreifen kann. „A career takes a village“, und dies gilt auch für Männer – deren Unterstützung durch Frauen, Kollegen und Kolleginnen oder

Familienmitglieder jedoch meist unsichtbar bleibt. Die Summer School war definitiv Ausgangspunkt für den Aufbau eines solchen Support-Netzwerks.

Das Interesse an der Max Planck Summer School für Women in Political Economy war auch bei denjenigen, die nicht teilnehmen konnten, sehr groß. So wurde im Nachgang ungewöhnlich oft gefragt, wie es denn gewesen sei. Und es wurde auffallend oft äußerst positiv darauf geantwortet. Auch ich selbst konnte feststellen, dass ich die verschiedenen Situationen viel gelöster und einladender wahrgenommen habe – sei es bei der Diskussion im Seminarraum oder beim Austausch während des Mittagessens. Ich selbst habe mit mehr Begeisterung über meine Ideen gesprochen und meine Interessen geteilt, ohne mich in vorgreifenden Entschuldigungen zu verlieren, die viele meiner Beiträge aus dem Gefühl der Beklemmung, in einem Raum voller Männer zu sitzen, sonst begleiten. Der

Mix aus professionellem und persönlichem Austausch vor dem Hintergrund so vieler ähnlicher Erfahrungen und in diesem einmaligen Umfeld hat mich enorm inspiriert und motiviert.

Auch deshalb möchte ich den Organisatorinnen und Organisatoren *Arianna Tassinari* (Universität Bologna), *Saila Stausholm* (MPIfG) und *Björn Bremer* (Central European University) einen großen Dank aussprechen. Dafür, dass sie einen Raum voller Möglichkeiten für mich und alle anderen Teilnehmerinnen geschaffen haben.

Anna Hehenberger

#### **MPIfG Lecture zum Anhören:**

Dorothee Bohle

Under the Radar: Women in (Comparative) Political Economy

<https://www.mpifg.de/1236864/2023-bohle>



# The Political Economy of Wealth

## Konferenz

22. und 23. November 2023

Im November 2023 hat am MPIfG die Konferenz „The Political Economy of Wealth“ stattgefunden. Zu der von Jens Beckert und Benjamin Braun organisierten Veranstaltung fanden sich Forschende aus der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Geografie zusammen. Anders als die beiden Vorgängerkonferenzen des Forschungsschwerpunkts „Vermögen und soziale Ungleichheit“, bei denen soziologische Perspektiven im Mittelpunkt standen, lag der Fokus nun auf politökonomischen Aspekten.

Die zunehmende Vermögensungleichheit wirft die Frage auf, inwieweit große Vermögen mit politischem Einfluss verbunden sind. Die Konferenz betrachtete diese Thematik aus zwei Blickwinkeln. *Melinda Cooper* (Universität Sidney) untersuchte die erneut erstarkende Rolle vermöglicher Familien, die durch „family offices“ ihr Vermögen dynastisch sichern und ihre finanzielle Stärke in politischen Einfluss ummünzen. Politische Verflechtungen großer Vermögen schützen diese jedoch nicht immer vor Verlust: *Katarzyna Salach-Drózdź* (Universität Warschau) beschrieb die Auswirkungen politischer Verbindungen großer Vermögen in Polen und zeigte, dass dies nicht zwangsläufig zu Vetternwirtschaft führen muss.

Die wachsende ökonomische Bedeutung großer Vermögenswerte bedingt einen expandierenden Finanzsektor, dessen Dynamiken *Benjamin Braun* (MPIfG) und *Brett Christophers* (Universität Uppsala) darlegten. Braun interpretierte die immer wichtigere Rolle von Vermögensmanagern und von großen Fonds als Charakteristika eines neuen Vermögensregimes: des Asset-Manager-Kapitalis-

mus. Christophers ging anschließend detaillierter auf diese Praktiken ein und illustrierte, wie Kapital von Pensionsfonds in Investitionen fließt, die Arbeitsplätze anderer Menschen vernichten. Die durch Komplexität bedingte Intransparenz des Finanzregimes ermögliche die Verwendung von Kapitalmitteln, die den Interessen der eigentlichen Eigentümer zuwiderlaufen.

Dass Vermögende die Komplexität des globalen Finanzregimes nutzen, um ihr Eigentum zu schützen, unterstrich *Nikhil Kalyanpur* (London School of Economics and Political Science) und erweiterte diese Perspektive auf internationale Kapitalströme. Er erläuterte, wie Oligarchen Investitionsschutzverträge nutzen, um ihr Kapital mittels „Roundtrip-Investitionen“ durch Steueroasen zu schleusen und so den Schutz multilateraler Verträge zu beanspruchen. Dies diene der Abwehr politisch motivierter Bedrohungen, insbesondere in autoritären Staaten. *Victoria Paniagua* (London School of Economics and Political Science) zeigte anschließend am Beispiel Spaniens während der Franco-Diktatur, dass Vermögende unter autoritären Regimen aus diesem Grund die Nähe zu politischen Eliten suchen.

Ein wichtiger Aspekt, der große Vermögen bedroht und den die beschriebenen Strategien zu umgehen suchen, ist die staatliche Umverteilungspolitik. *Björn Bremer* (Central European University) präsentierte experimentelle Umfragedaten, die darauf hindeuten, dass Bestrebungen zur Umverteilung schwächer ausgeprägt sind, wenn wirtschaftliche Ungleichheit mit sozialer Ungleichheit Hand in Hand geht. *Paul Marx* (Universi-

tät Bonn) führte Studienergebnisse zu Einstellungen gegenüber der Besteuerung großer Vermögen in Deutschland an. Daraus wird deutlich, dass eine weitverbreitete Zustimmung zu Umverteilungsmaßnahmen auf einer eher oberflächlichen Beschäftigung mit dem Thema beruht und vermögensbewahrende Narrative bei intensiverer Betrachtung überwiegen.

*Laura Seelkopf* (LMU München) und *Lucy Barnes* (University College London) vertieften das Thema der Besteuerung. Seelkopf beleuchtete die Entwicklung von Vermögensbesteuerung und deren potenzielle Umverteilungswirkung, zeigte aber, dass dieses Instrument nicht vor erneuter Ungleichheit schützt. Die Konferenz verdeutlichte insgesamt, wie tief verwurzelt Vermögensungleichheit ist und dass sie Gesellschaften langfristig prägen wird.

Zum Abschluss erweiterten *Jens Beckert* (MPIfG) und *Will Davies* (Goldsmiths, University of London) die Diskussion um eine sozialtheoretische Perspektive. Beckert fragte, welche Art von Gesellschaft entsteht, wenn die Renditen das Wachstum übersteigen –  $R > G$ , und schlug das Konzept der „asset society“ vor, in Anlehnung an die „asset economy“, mit abgrenzenden ökonomischen, legalen, politischen und normativen Eigenschaften. Davies diagnostizierte ein normatives Vakuum in dieser Gesellschaft und warf die Frage auf, wie wir in einer Gesellschaft vermögensbasierter Werte leben könnten.

Nicholas Nägele

# Resilienz in Zeiten des Umbruchs

## 12. gemeinsame wissenschaftliche Tagung mit dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

23. April 2024

Wie können Gesellschaft und Wirtschaft ihre Resilienz angesichts des Klimawandels stärken? Dieser Frage gingen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und des MPIfG auf ihrer zwölften gemeinsamen Jahrestagung nach. Bei den Vorträgen und Diskussionen ging es darum, wie das Verhältnis von Markt und Staat neu gedacht und gestaltet werden muss, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen – von der Transformation der Wirtschaft über die Anpassung der physischen Infrastruktur bis hin zu den sozialen Konsequenzen.

In seiner Einführung betonte *Michael Hüther*, Direktor am Institut der deutschen Wirtschaft, dass die Zeiten einer eindeutigen Trennung zwischen Politik und Wirtschaft vorbei seien. Der Staat müsse angesichts des Klimawandels eine aktivere Industriepolitik betreiben; einfache Preismechanismen, etwa mittels Emissionszertifikaten, reichten nicht aus. Die Zunahme geopolitischer Risiken erfordere eine bedeutendere Rolle öffentlicher Akteure, um die deutsche Wirtschaft in die Lage zu versetzen, mit solchen Unwägbarkeiten umzugehen. Angesichts der Verflechtung in globale Lieferketten und der politischen Polarisierung müssten umgekehrt auch Unternehmen stärker politisch Stellung beziehen, wie Hüther am Beispiel des Unternehmers Reinhold Würth und dessen Warnungen vor der AfD erläuterte. Die zunehmende Durchdringung von Politik und Wirtschaft zeige sich auch am IW selbst, das derzeit einen Forschungsschwerpunkt zum Verhältnis von Marktwirtschaft und Demokratie aufbaut.

*Jens Beckert* (MPIfG) führte diese Überlegungen fort. Angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen des Klimawandels sei eine „ideologische Neuorientierung“ hin zu

einer stärker gemeinwohlorientierten Politik der Daseinsvorsorge notwendig. Märkte müssten ähnlich wie im späten 19. und 20. Jahrhundert „ökologisch eingebettet“ (*environmentally embedded*) werden, um die Stabilität und demokratische Verfasstheit von Gesellschaften zu sichern. Entscheidend sei, dass es gelinge, politische Mehrheiten für klimapolitische Maßnahmen zu organisieren, die lebensweltlich verankert sind. Nur so könnten Gesellschaften Resilienz in einem umfassenderen Sinne entwickeln und die Dystopie einer „selektiven Adaptation [nur] für die *First-Class*-Passagiere der Erde“ (Mike Davis) verhindern.

In seiner Entgegnung auf Beckerts Vortrag warnte *Hubertus Bardt*, Geschäftsführer des IW, davor, Märkte als Problem für die Entwicklung effizienter Antworten auf den Klimawandel darzustellen. Marktbasierter Preisfindungsmechanismen seien die Lösung für das Gefangenendilemma der globalen Klimapolitik. Wettbewerb führe zu Effizienz und Innovation, die staatliche Maßnahmen nicht garantieren könnten. In der anschließenden Diskussion über die Balance zwischen Staat und Markt stellten *Lucio Baccaro* und *Timur Ergen* (beide MPIfG) die Frage, ob die korporatistischen Strukturen des deutschen Kapitalismus die nötigen wirtschaftlichen Veränderungen zur Bewältigung des Klimawandels fördern oder eher behindern.

Im zweiten Teil der Tagung präsentierte *Galina Kolev-Schaefer* (IW und Technische Hochschule Köln) ihre Forschung zur Resilienz globaler Lieferketten. Anhand von Umfragedaten zeigte sie, dass etwa die Hälfte der befragten nordrhein-westfälischen Unternehmen von internationalen Produktionspartnern abhängig ist und knapp ein Drittel ihre Lieferketten umstrukturiert, um Risiken zu minimieren. Die Unternehmen unter-

schätzten jedoch ihre Verwundbarkeit durch globale Lieferketten. Kolev-Schaefer schlug vor, die Überwachung von sogenannten Klumpenrisiken als öffentliches Gut zu behandeln. Dies erfordere jedoch eine bessere Koordination zwischen Staat, Wirtschaft und auch der Wissenschaft.

*Leon Wansleben* (MPIfG) verglich die Resilienz globaler Lieferketten mit der Finanzstabilität. Das angesprochene Problem der Bereitstellung von Überwachungsmechanismen für Lieferketten könne analog zur Erkennung und Bekämpfung systemischer Risiken auf Finanzmärkten verstanden werden. Die anschließende Diskussion drehte sich um die Rolle des Staates bei der Stärkung der Resilienz von Lieferketten und Produktionsstrukturen sowie um geopolitische Fragen wie die Spannungen zwischen den USA und China und deren Auswirkungen auf deutsche Firmen.

Der Austausch zwischen den Gesellschaftsforschern des MPIfG und den Ökonomen des IW zeigte, wie weit sich die politische und wissenschaftliche Diskussion vom marktzentrierten Paradigma des Neoliberalismus entfernt hat. So bestand ein durchaus bemerkenswerter Konsens darüber, dem Staat eine stärkere Rolle zuzuschreiben. Dies wäre wohl noch vor wenigen Jahren kaum der Fall gewesen. Die hieraus folgenden, drängenden Fragen sind unter anderem, wie die Balance zwischen Staat und Markt gestaltet werden soll und ob Staaten nach vielen Jahren des systematischen Rückzugs und Rückbaus überhaupt noch über die erforderlichen Kapazitäten verfügen, ihre Gesellschaften gegenüber den Herausforderungen des Klimawandels resilient zu machen.

Julian Jürgenmeyer

# Demokratie unter Stress

16. Institutstag des MPIfG am 6. und 7. Dezember 2023

Demokratien weltweit leiden unter einem Vertrauensrückgang in politische Institutionen und zentrale Akteure stehen unter einem augenscheinlichen Dauerstress. Der Institutstag 2023 des MPIfG griff diese Entwicklungen auf und beschäftigte sich mit den vielfältigen Herausforderungen, denen demokratische Systeme derzeit gegenüberstehen.

In seinem Eröffnungsvortrag zum Thema „Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert“ konstatierte *Wolfgang Merkel* (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), dass obwohl „die besten Zeiten der Demokratie ... vorbei zu sein“ scheinen, demokratische Regime trotz aller Krisen und Erosionstendenzen resilient sind. Zwar stehen sie unter Stress, widerstehen diesem jedoch häufig ohne Systemwechsel. Mit seinem Konzept „demokratischer Resilienz“ analysierte Merkel vier Ebenen und Arenen, in denen Akteure interagieren, um Herausforderungen wie die Klimakrise, Migration, wirtschaftliche Krisen und die Pandemie zu bewältigen und dadurch die demokratische Resilienz stetig anzupassen und wiederherzustellen. Die anschließende Diskussion der prägnanten Thesen seines halboptimistischen

Vortrags schloss Merkel mit dem Hinweis, dass in Demokratien eine Krise erst eine Krise sei, wenn die Mehrheit der Bevölkerung dies so sehe.

Im Anschluss an den Eröffnungsvortrag präsentierte *Elisabeth Ivarsflaten* (Universität Bergen) ihre neuesten Forschungsergebnisse über „Pfade zu einer inklusiven multi-kulturellen Gesellschaft in Zeiten des Populismus“. Ihre Forschung, die sich auf vergleichende, quantitative Untersuchungen zur Integration und Inklusion muslimischer Minderheiten konzentrierte, identifiziert sogenannte Triggerpunkte, an denen die Unterstützung für Multikulturalität auch bei Gruppen mit starker pro-multikultureller Einstellung zusammenbricht. Daraus lassen sich wichtige Erkenntnisse über die Legitimität multikultureller Politik und damit über eine zentrale politische Konfliktdimension der Gegenwart ableiten.

Zum Abschluss des ersten Tages ging *Martin Höpner* (MPIfG) der Frage nach, ob und wie sich das europäische Demokratiedefizit beheben lässt. Er argumentierte, dass die EU aufgrund ihrer spezifischen Natur nicht den Anforderungen einer parlamentarischen Demokratie

genügen könne. Die staatsanalogische Betrachtungsweise sei falsch. Da die EU kein Staat sei, würden weder ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments noch Mehrheitsentscheidungen des Rates die EU demokratischer machen. Am alltäglichen Beispiel der Arbeitszeiterfassung der Freiwilligen Feuerwehr durch die Urteile des Europäischen Gerichtshofs zeigte Höpner auf, dass die Tätigkeitsfelder und -arten auf den Prüfstand zu stellen seien, wenn man das Demokratiedefizit der EU beheben wolle. Darüber hinaus seien verteilungsneutrale Vertragsreformen und eine klare Abgrenzung von EU-Kompetenzen erforderlich.

Am zweiten Tag stand die Frage im Mittelpunkt, welche Implikationen sich für die Europäische Union aus dem Befund ergeben, dass Demokratie(n) unter Stress stehen. Ein von *Birgit Apitzsch* (Ruhr-Universität Bochum) moderiertes Panel zur Rechtsstaatlichkeitskrise und Demokratie in Europa griff die Thesen aus dem Keynote-Vortrag von Wolfgang Merkel zur Resilienz von Demokratien auf.

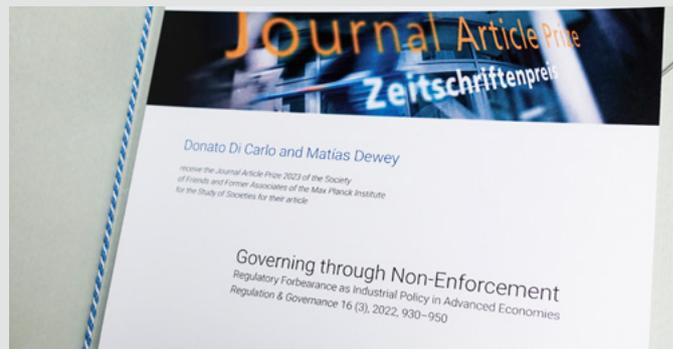
In ihrem Vortrag „Herausforderungen für die Demokratie durch den digitalen Wandel und die Rolle der EU“ erörterte



# Zeitschriftenpreis 2023

Im Jahr 2023 erhielten Matias Dewey und Donato Di Carlo den Zeitschriftenpreis der Freunde und Ehemaligen des MPIfG für ihren Aufsatz „**Governing through Non-Enforcement: Regulatory Forbearance as Industrial Policy in Advanced Economies**“ (Regulation & Governance 2022). Die Jury, bestehend aus Ulrich Dolata (Universität Stuttgart), Armin Schäfer (Universität Mainz) und Susanne K. Schmidt (Universität Bremen), würdigte die Arbeit von Dewey und Di Carlo als „einen wichtigen Beitrag zur Policy-Forschung bzw. zur Theorie politischer Steuerung“. Damit „verorten sich [die Autoren] zugleich sehr überzeugend in der Tradition des MPIfG, an dessen Anfang die wichtigen Arbeiten von Renate Mayntz zur Implementation politischer Programme standen.“

Dewey und Di Carlo zeigen, dass Regulierungsverzicht eine attraktive Form der Industriepolitik sein kann. Am Beispiel der Eintreibung von Steuern in Deutschland und in Italien wird deutlich, dass regulative Nachsicht als funktionales Äquivalent zu Subventionen dienen kann, um entweder ökonomische Bereiche im Niedergang zu stützen oder innovative Firmen aufzubauen.



Der Zeitschriftenpreis ist mit 750 Euro dotiert und wird jährlich im Rahmen des Institutstags für den besten Aufsatz einer Wissenschaftlerin oder eines Wissenschaftlers des MPIfG in einer begutachteten Zeitschrift vergeben. Gewürdigt werden Aufsätze, die sich nicht nur durch eine hohe Qualität, sondern auch durch ein innovatives Argument auszeichnen.

Matias Dewey ist Privatdozent am Institut für Soziologie an der Universität St. Gallen. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG. Donato Di Carlo ist Dozent für Politische Ökonomie an der Luiss-Universität Guido Carli in Rom und Geschäftsführer des Luiss Hub for New Industrial Policy and Economic Governance (LUHNIP). Zuvor war er Doktorand an der IMPRS-SPCE und wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG.

MPIfG-Alumna *Gerda Falkner* (Universität Wien) die Auswirkungen der Digitalisierung auf die zentralen Säulen westlicher Demokratien – auf die Wählerschaft, auf die Diskurse und auf Regierungen – und beschrieb deren gegenseitige Wechselwirkungen. Die Verknüpfung aus digitalem Mikrotargeting, der erhöhten Reichweite negativ emotionalisierender Botschaften, der zunehmenden Monopol-

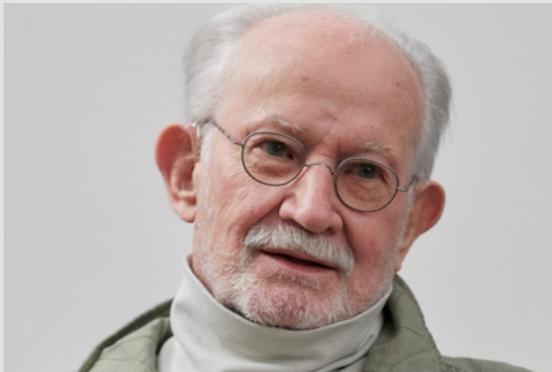
stellung von Plattformen sowie deren unzureichende Regulation könne im Extremfall zu einer negativen Feedbackschleife führen, in der sich diese Entwicklungen wechselseitig verstärken. Da insbesondere rechtspopulistische Parteien von dieser Dynamik profitieren, ergäbe sich damit auch ein über diesen direkten Wirkzusammenhang hinausgehendes Problem für die Demokratie. Dieses Pro-

blem würde sich, so Falkner, nur mit einer wesentlich stärkeren Regulierung angehen lassen.

MPIfG-Alumnus *Michael Blauburger* (Universität Salzburg) knüpfte in seinem Vortrag mit dem Titel „Der Schutz der Demokratie in EU-Mitgliedsstaaten als Mehrebenenproblem“ an den Vortrag von Martin Höpner an. Ausgangspunkt



## Friedhelm Neidhardt (1934–2023)



Friedhelm Neidhardt war in den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts Mitglied und ab 1998 Vorsitzender im Fachbeirat des MPIfG. In seinem Bericht an den damaligen Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft im Juli 1998 schrieb er, das Institut habe „ein Forschungsprogramm mit neuen Akzentsetzungen entwickelt, die in den Sozialwissenschaften von herausragender Bedeutung sind“ (Beiratsprotokoll vom 20.7.1998). Und wer Neidhardt so lange kannte wie ich, wusste, dass dies seine ehrliche Meinung war. Friedhelm Neidhardt kombinierte auf vorzügliche Weise ein breites wissenschaftliches Interesse mit hohen Ansprüchen an kognitive Disziplin. Während Fritz Scharpf, mit dem ich damals das MPIfG leitete, ihn nur als Fachbeiratsmitglied kannte, waren Neidhardt und ich berufliche Weggefährten. In den Siebzigerjahren hatten wir beide einen Lehrstuhl im Institut für Soziologie an der Universität zu Köln. Wir arbeiteten überwiegend an unterschiedlichen wissenschaftlichen Themen, waren aber kollegial befreundet. In den Achtzigerjahren verließen wir beide die Kölner Universität: Während ich 1985 das MPIfG gründete, zog

Neidhardt kurz danach nach Berlin. Neben seiner Professur an der Freien Universität Berlin leitete er das WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung). Ich habe Neidhardt in jener Zeit öfter getroffen; 1989 publizierten wir gemeinsam einen Aufsatz in der Zeitschrift für Parlamentsfragen. Seine Mitgliedschaft im Fachbeirat des MPIfG war nur ein Glied in einer langen Kette seiner Mitgliedschaften in professionellen Leitungsgremien, wie etwa in der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats. Grundlage unserer kollegialen Beziehung war ein kognitiv diversifiziertes, nicht zur Schulbildung führendes Denken. Im Laufe der Zeit wurden aus gesundheitlichen Gründen unsere persönlichen Kontakte seltener; zuletzt lebte Neidhardt in einer Berliner Klinik.

Im Nachruf von Dieter Rucht in der Zeitschrift *Soziopolis* wird auf die beeindruckende Kette von wichtigen Ehrenämtern hingewiesen, in denen Neidhardt mit seinen informierten und abwägenden Urteilen tätig war. Es ist, anders als bei Niklas Luhmann, kein publiziertes „Werk“, keine mit seinem Namen verbundene Theorie, sondern eine große Bandbreite organisatorischer und wissenschaftlicher Leitungspositionen, die sein Lebenswerk krönen.

Renate Mayntz

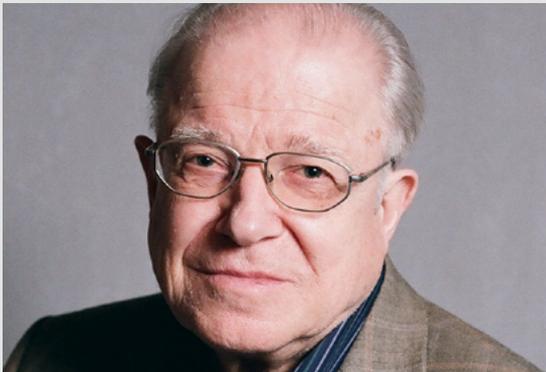
des Vortrags war das Argument, dass die Legitimität der EU die demokratische Legitimität ihrer Mitgliedsstaaten erfordert. Der Demokratieabbau in Ungarn und Polen stellt daher eine Herausforderung für die EU und ihre Institutionen dar. Blauburger hob hervor, dass der Demokratieabbau zunehmend als gesamteuropäisches Problem aufgefasst wird, nicht mehr rein als „innere Angelegenheit“ der jeweiligen Mitgliedsländer. Die Maßnahmen, die die EU in Reaktion darauf ergriffen hat, wie zum Beispiel Vertragsverletzungsverfahren oder die Einbehaltung von Kohäsionsgeldern oder von Mitteln aus dem Wiederaufbaufonds, haben je-

doch spezifische Auswirkungen auf nationaler Ebene. Erste Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass diese Maßnahmen vor allem bei unentschlossenen Wählern in den betroffenen Ländern Wirkung zeigen, indem sie die Verantwortung den nationalen Regierungen zuschreiben, und nicht der EU.

Im abschließenden Podiumsgespräch mit dem Titel „Quo vadis EU: Wie mit der Rechtsstaatlichkeitskrise umgehen?“ wurden diese Themen noch einmal aus einer primär verfassungsrechtlichen Perspektive betrachtet. An der Debatte beteiligten sich Verfassungsrichter und Minister

a. D. *Peter M. Huber* (LMU München), *Johannes Lindner*, Co-Direktor des Jacques Delors Centre der Hertie School Berlin und ehemaliger Abteilungsleiter bei der Europäischen Zentralbank, und *Susanne K. Schmidt* (Universität Bremen). Im Zentrum der komplexen rechtlichen Auseinandersetzung stand die Frage, ob die Europäische Kommission oder der Europäische Rat für Maßnahmen gegen den Demokratieabbau in EU-Mitgliedsländern verantwortlich ist. Während Huber primär den Rat in der Pflicht sah, ließ sich aus Lindners Beitrag auch eine Verantwortung für die Kommission ableiten. Einig war man sich in jedem Fall darin, dass

## Franz-Xaver Kaufmann (1932–2024)



Franz-Xaver Kaufmann war von 1988 bis 1998 der erste Vorsitzende des Wissenschaftlichen Fachbeirats unseres Instituts. Zum bleibenden Ertrag seines wissenschaftlichen Werkes zählen heute seine Monografien zur vergleichenden Geschichte der Strukturen und Funktionen europäischer Sozialstaaten und ebenso einflussreiche Beiträge zu einer historisch fundierten Religionssoziologie. Mit den beiden Direktoren des neu gegründeten MPIfG, Renate Mayntz und mir, hatte ihn jedoch schon seit den Siebzigerjahren das Interesse an empirischer Forschung zu den Funktionsbedingungen staatlicher Politik verbunden. So hatten er und seine Bielefelder Forschungsgruppe wesentlich zu dem von Renate Mayntz seit 1977 geleiteten DFG-Forschungsverbund „Implementationsforschung“ beigetragen, und umgekehrt hatten wir engen Kontakt zu dem von Kaufmann zusammen mit Giandomenico Majone und Victor und Elinor Ostrom betriebenen ZIF-Jahresprojekt 1981–1982 über „Guidance, Control, and Evaluation in the Public Sector“. Als zwei Jahre nach dem Beginn unserer Arbeit die Einrichtung eines Wissenschaftlichen Beirats anstand, der die

Direktoren beraten und die Arbeit des Instituts für die Max-Planck-Gesellschaft beurteilen sollte, bot es sich an, dass Franz-Xaver Kaufmann neben Raymond Boudon (Paris), Peter Katzenstein (Cornell), Johan Olsen (Bergen) und Wolfgang Zapf (WZB) zu seinen MPG-externen Mitgliedern gehören würde. Als Vorsitzender hat Kaufmann danach die laufenden und neuen Projekte mit fachlichem Interesse und die Entwicklung des Forschungsprogramms mit kritischem Wohlwollen begleitet. In dem beratenen Bericht des Beirats zur Evaluierung der bisherigen Institutsarbeit von 1994 wurde deren Bedeutung im Kontext des internationalen Standes der sozialwissenschaftlichen Forschung sachkundig interpretiert und sehr positiv bewertet – und die weitere Förderung des neuen Instituts nachdrücklich befürwortet. In derselben Sitzung des Beirats freilich hatte Kaufmann uns Direktoren gemahnt, das offenbar Gemeinsame in der Fragestellung und Herangehensweise der einzelnen Projekte zu verdeutlichen – eine Herausforderung, die uns dazu brachte, im folgenden Jahr eine Gesamtdarstellung der Institutsarbeit unter dem Titel „Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung“ zu veröffentlichen, die die titelgebende Fragestellung in zehn projektbezogenen Essays und den methodischen Zugang durch unseren gemeinsamen Text zum „Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus“ erläuterte. Nicht nur unser Institut, sondern auch wir beide, Renate Mayntz und ich, nehmen mit großer Dankbarkeit Abschied von Franz-Xaver Kaufmann, einem kollegialen Diskussionspartner und Anreger unserer wissenschaftlichen Arbeit und einem wichtigen Mentor und Förderer des Instituts im ersten Jahrzehnt nach seiner Gründung.

Fritz W. Scharpf

auch das Europäische Parlament in diesem Prozess eine zentrale Verantwortung trägt. Aus verfassungsrechtlicher Sicht besteht laut Huber jedoch das Problem einer bisher fehlenden klaren Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten. Dennoch sah Huber in den aktuellen Konflikten eine Chance für positive Entwicklungen: Mit der Zeit sei eine zunehmende rechtliche Konsolidierung erwartbar, die Einführung eines europäischen Kompetenzgerichtshofs bewertet er daher als nicht sinnvoll.

Der Institutstag ist eine jährliche Veranstaltung, die gemeinsam mit dem Verein

der Freunde und Ehemaligen des MPIfG organisiert und durchgeführt wird. Sie richtet sich gleichermaßen an Alumni und die breite Öffentlichkeit. In diesem Jahr fand erstmals am Rande der Veranstaltung ein interner Workshop von Ehemaligen für aktuelle MPIfG-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler statt. Unter dem Thema „How to become a Professor at a German University“ gab es regen Austausch, etwa darüber, wie universitäre Berufungskommissionen „funktionieren“. Birgit Apitzsch, Simone Leiber, Sascha Münnich und Susanne K. Schmidt, alle Mitglied im Vorstand des Vereins der Freunde und Ehemali-

gen, stellten ihren eigenen Werdegang zur Professur vor, gaben Tipps für Bewerbungen und beleuchteten Unsicherheiten, Idiosynkrasien sowie längerfristige Veränderungen in Bezug auf Berufungsverfahren.

Philipp Golka und Christine Trampusch

### Institutstag verpasst?

Alle Vorträge sind als Videopräsentationen auf der MPIfG-Website verfügbar: [www.mpifg.de/institutstag-2023](http://www.mpifg.de/institutstag-2023)

# Werden Sie Teil der Forschungscommunity am MPIfG

**Der Forschungsrahmen des MPIfG gibt Raum für eine Vielfalt an Themen und methodischen Ansätzen in den Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Unsere Programme bieten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aller Karrierestufen die Möglichkeit, in einem exzellenten internationalen und interdisziplinären Forschungsumfeld eigene Projekte zu verfolgen.**

## **Internationales Doktorandenprogramm**

*International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE)*

Ein Angebot für besonders begabte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus der ganzen Welt im Bereich der Politikwissenschaften und der Soziologie. Kooperationspartner: Universität zu Köln und Universität Duisburg-Essen; eine binationale Promotion (Cotutelle) mit Sciences Po, Paris, ist möglich.

**Bewerbung ab Mitte Dezember bis 28. Februar**

---

## **Postdoktorandenprogramm**

Während einer zweijährigen Forschungsphase am MPIfG arbeiten bereits promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an einem selbst gewählten Projekt und qualifizieren sich weiter durch internationale Zusammenarbeit und Vernetzung.

**Bewerbung ab Anfang Oktober bis 13. Dezember**

---

## **Programme für Gäste**

Professorinnen und Professoren, promovierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sowie Promovierende finden bei Gastaufenthalten zwischen zwei und zwölf Monaten neue Impulse für ihre Forschung und beleben den wissenschaftlichen Austausch am MPIfG.

**Bewerbung bis 30. April oder 31. Oktober**

Erfahrene und renommierte Forscherinnen und Forscher aus den Politik-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften lädt das MPIfG als **Scholars in Residence** nach Köln ein.

**Nominierung/Bewerbung bis 1. Juni**

---

## **Angebote für Studierende**

Bachelor- und Master-Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erhalten im Rahmen einer Beschäftigung als studentische beziehungsweise wissenschaftliche Hilfskräfte oder eines Praktikums Einblicke in laufende Forschungsprojekte und den Institutsalltag am MPIfG. – Bewerbung initiativ oder auf die jeweilige Ausschreibung auf der MPIfG-Website.



---

**Aktuelle Ausschreibungen unter**  
[www.mpifg.de/karriere/ausschreibungen\\_de](http://www.mpifg.de/karriere/ausschreibungen_de)

---

# Impressum

Mit dem Forschungsmagazin *Gesellschaftsforschung* informiert das MPIfG zweimal im Jahr mit anschaulichen Artikeln und Berichten über seine Forschungsprojekte und -ergebnisse, Publikationen und Veranstaltungen. Es liefert Hintergrundinformationen aus der Forschung zu Fragen der aktuellen öffentlichen Diskussion. Sie erhalten das Magazin in einer PDF-Fassung per E-Mail oder als Printausgabe. Abonnement und weitere Ausgaben unter

[www.mpifg.de/magazin-gesellschaftsforschung](http://www.mpifg.de/magazin-gesellschaftsforschung)

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung  
Köln, September 2024

In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.  
Abdruck nur mit Quellenangabe.

## Herausgeber

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung  
Paulstr. 3 | 50676 Köln  
Tel. +49 221 2767-0  
[www.mpifg.de](http://www.mpifg.de) | [info@mpifg.de](mailto:info@mpifg.de)

## Redaktion

Anna Zimmermann (verantw.), Christel Schommertz,  
Thomas Pott

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

## Bildnachweis

Titel: picture alliance / REUTERS | Johanna Geron; MPIfG/ David Ausserhofer 2; Ed Hawkins / University of Reading 3, 4; picture alliance / Wolfram Steinberg | Wolfram Steinberg 6; picture alliance / Xinhua News Agency 8; imageBROKER.com / H.-D. Falkenstein 9; MPIfG/Astrid Dünkeltmann 10, 11, 13, 14, 15 l., 15 r. o., 16, 17, 18, 23, 27, 28; UCEN 12; MPIfG/ Matthias Jung 14 l. l.; MPIfG/Thekla Ehling 14 l. r.; Brown University / Azurae Cruz 15; Bernhard Ludewig 28; Renate Hofmann 29; MPIfG/Jan Knoff 30 o.; MPIfG/Christoph Seelbach 30 u.; istock | Aramyan 32.

## Gestaltung | Satz

pigur design, Potsdam | Jeanette Störtte, Berlin

## Mehr Themen und Standpunkte aus der Forschung des MPIfG

Auf seiner Website stellt das MPIfG weitere aktuelle Forschungsprojekte vor und liefert Hintergrundinformationen zu Themen, die zurzeit öffentlich diskutiert werden. Mit ihren „Standpunkten“ kommentieren Forscherinnen und Forscher des MPIfG Entwicklungen in Politik und Wirtschaft. Durch die „Porträts“ lernen Sie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kooperationspartner und Alumni des MPIfG näher kennen. In der Rubrik „Interviews“ sprechen sie über die Bedingungen ihrer Arbeit, neue Methoden und den Wandel der Forschungskommunikation.

[www.mpifg.de/forschungsprogramm](http://www.mpifg.de/forschungsprogramm)

## Das MPIfG

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der rund achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungsoffene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.

## Folgen Sie uns auf X

[@MPIfG\\_Cologne](https://twitter.com/MPIfG_Cologne)

## Folgen Sie uns auf Mastodon

[@MPIfG@wiskomm.social](https://mastodon.social/@MPIfG)

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG  
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



# Vorschau Wintersemester 2024/25

## Wissenschaftsfreiheit in polarisierten Zeiten

### 17. Institutstag des MPIfG

21. und 22. November 2024

Die Freiheit der Wissenschaft ist essenziell für eine funktionierende Demokratie und im deutschen Grundgesetz verankert. Sie ist aber auch ein soziales Konzept, das vor dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels fortlaufend neu politisch und juristisch ausgehandelt wird. Die Idee der Wissenschaftsfreiheit ist daher stets umkämpft – insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung. Eine Folge ist die Erwartung an die Wissenschaft, sich in aufgeheizten gesellschaftspolitischen Diskursen zu positionieren. Gleichzeitig bedroht die zunehmende Moralisierung und Politisierung von Forschung die akademische Unabhängigkeit und Freiheit. Darüber hinaus wird Wissenschaftsfreiheit derzeit durch strukturelle Entwicklungen im Wissenschaftssystem selbst belastet, etwa durch einen wachsenden Publikationsdruck und Finanzierung durch Drittmittel. Die Beiträge zum 17. Institutstag des MPIfG greifen diese verschiedenen Facetten auf und fragen, worin genau Gefährdungen für



die Wissenschaftsfreiheit bestehen und welche Herausforderungen sich für den Forschungsstandort Deutschland ergeben.

---

Wissenschaft im Rathaus – In Kooperation mit der Kölner Wissenschaftsrunde

### Verteilungskonflikte in der Klimapolitik: Am Beispiel der Wärmewende

Leon Wansleben, MPIfG

Rathaus Köln, Spanischer Bau (Europasaal), 9. September 2024, 18 Uhr

---

### Öffentliche Vorträge

*Peter Wagner*, Universität de Barcelona, 27. November 2024 | *Jan-Otmar Hesse*, Universität Bayreuth, 4. Dezember 2024 |

*Daniela Gabor*, UWE Bristol, 11. Dezember 2024 | *Kate McNamara*, Georgetown University, 29. Januar 2025

---

### Max Planck Online Workshop in Comparative Political Economy (MAX CPE)

Eine Online-Seminar-Reihe in Vergleichender Politischer Ökonomie, organisiert vom Forschungsbereich „Politische Ökonomie“ am MPIfG. Die Workshop-Sprache ist Englisch.

[www.mpifg.de/max-cpe-workshop-series](http://www.mpifg.de/max-cpe-workshop-series)

---

### MPIfG Lectures zum Nachhören

Öffentliche Vorträge, Vorträge auf dem Institutstag und weitere Beiträge des MPIfG als Audio- und Video-Podcasts

[www.mpifg.de/podcasts](http://www.mpifg.de/podcasts)

---

### Aktuelle Veranstaltungen am MPIfG

[www.mpifg.de/veranstaltungen](http://www.mpifg.de/veranstaltungen)